Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 56. **Bielefeld, Montag, 8. März 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Steuertaktisches.

lg. Berlin, 6. März. Nun machen auch die Konservativen ihren „Vorbehalt" geltend. Als die Freisinnigen in der Kommission umfielen, versuchten sie der Oeffentlichkeit einzureden, daß sie nur unter „Vorbehalt", nur aus taktischen Gründen für die Vorschläge des Viermännerkollegiums eingetreten seien. Und die liberalen Zeitungen stellten sich auch gar tapfer und versicherten, daß die Annahme der Besitzsteuer durch die Liberalen keine endgiltige Zustimmung bedeute. In recht despektierlichen Ausdrücken erging sich selbst die nationalliberale „Kölnische Zeitung" gegen das famose Kompromiß, das „ein ziemlich ausgewachsener Wechselbalg mit Wasserkopf und Weichselzopf" genannt wurde. Andere liberale Blätter, die ihre Pappenheimer besser kennen, blieben bescheidener, sie hofften nur, daß der „Vorbehalt" nicht bis zur zweiten Lesung vergessen sein würde. Das waren aber nur wenige Stimmen; die anderen gebärdeten sich unentwegt, und meinten, daß im letzten Augenblick der gesunde Menschenverstand (!) zurückkehre und die Reform mit der Nachlaßsteuer mache.

Auf dieses kühne Gerede setzen nun die Konservativen einen recht fühlbaren Dämpfer. Die offizielle „Konservative Korrespondenz" verbreitet die Nachricht, daß auch die konservativen Kommissionsmitglieder der „Besitzsteuer" nur bedingt zugestimmt hätten. Die Abstimmung habe eine nur taktische Bedeutung gehabt und den Zweck, eine Weiterberatung der Reform zu ermöglichen.

Diese Auslassungen kommen ein wenig spät, wenn sie die Aufgabe erfüllen sollen, der Oeffentlichkeit die Abstimmung der konservativen Kommissionsmitglieder zu begründen. Das wird darum wohl nicht die Absicht der Kundgebung sein. Für unwahrscheinlich halten wir es auch, daß es der Zweck der Auslassungen sein soll, einen Umfall der Konservativen zugunsten der Nachlaßsteuer vorzubereiten. Die Junker wissen, was sie wollen, und treiben nicht erst eine Weile Komödie, um am Schluß dem „agrarischen Reichskanzler", der ihre Pfade zu verlassen sich anschickte, gerührt in die Arme zu sinken. Man darf daher als sicher annehmen, daß die Mitteilungen der Korrespondenz an die Adresse der Liberalen gerichtet sind, um die widerspenstigen Blockbrüder und die rebellierenden Zeitungen zur Raison zu bringen. Die konservativen Drahtzieher wissen sehr genau, daß die Freisinnigen nichts mehr fürchten, als vom Block ausgeschaltet zu werden, und wenn sie mit dem „schwarzen Mann" drohen, haben sie bisher den kleinen, unartigen Blockbruder wieder zum Schweigen gebracht. Und wenn dieses Mittel sich bisher so glänzend bewährt hat, weshalb soll es dann nicht auch heute noch einmal ziehen? — Wir fürchten in der Tat, daß die Liberalen auch diese Zurechtweisung ruhig einstecken werden, obgleich der beißende Spott in den Auslassungen der „Konservativen Korrespondenz" kaum übertroffen werden kann. Ob das aber auf alle Zeiten die Ausschaltung vom Block verhindern wird, ist freilich eine andere Frage. Ist erst einmal die Finanzreform unter Dach und Fach gebracht, dann wird der Liberalismus gehen können, — dann hat er seine Schuldigkeit getan.

* * *

Die „Frankfurter Zeitung" kommt auch noch einmal auf das Steuerkompromiß zu sprechen. Das Blatt hat sich bekanntlich scharf dagegen ausgesprochen, daß die Freisinnigen, wenn auch nur bedingungsweise, dem Kompromiß zugestimmt haben. Jetzt wird in der „Frankfurter Zeitung" ausgeführt:

In der Blocklinken bestehe eine starke Gegnerschaft gegen das Kompromiß. Man wisse, daß in der Reichsregierung diese Gegnerschaft geradezu gewünscht werde. Der Reichskanzler habe zwar bei dem Abschluß des Kompromisses mitgewirkt und er würde nicht zustande gekommen sein, wenn der Reichskanzler nicht vermocht hätte, die Blockführer für das Kompromiß zu gewinnen. Ob der Reichskanzler in dem Kompromiß eine Lösung der Finanzreform sehe und hoffe, die Mehrheit des Reichstages und Bundesrats dafür zu gewinnen, oder ob auch er nur im Sinne des Kompromisses gewirkt habe, um Zeit zu gewinnen und die vorläufige Beratung und Erledigung der indirekten Steuern zu ermöglichen, das lasse sich nicht so ohne weiteres sagen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Evangelische Geistliche als Zentrums-Agitatoren. Der Ausfall der Stichwahl in Bingen-Alzey, wo mit nationalliberaler Hilfe der Zentrumskandidat gewählt wurde, hat in den Reihen der Nationalliberalen böses Blut gemacht. Aber auch der Freisinn ist erbost. Ging ihm doch durch das Verhalten der Nationalliberalen ein Mandat verloren, das er schon glaubte fest in der Hand zu haben. Nun scheinen die Differenzen auch auf das religiöse Gebiet hinüberzuspielen; denn es wird jetzt bekannt, daß die meisten protestantischen Geistlichen gegen ihren Amtsbruder, den Pfarrer Korell, und für den Zentrumskandidaten Uebel gewirkt haben. Es wird sogar behauptet, daß das Ober-Konsistorium in Darmstadt die evangelischen Geistlichen vertraulich angewiesen hat, den Pfarrer Korell nicht zu unterstützen. In einzelnen Orten des Wahlkreises macht sich eine lebhafte Bewegung geltend, die auf den Austritt aus der Landeskirche hinzielt.

Lohnerhöhung für die Soldaten. Ein Nachtragsetat, der die Mittel zur Erhöhung der Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere fordert, wird demnächst dem Reichstage und dem Bundesrat vorgelegt werden. Nachdem das Steuerkompromiß zustande gekommen ist, soll der Schatzsekretär seinen Widerstand gegen die Mehrausgabe aufgegeben haben. Die Löhnung soll von 22 auf 30 Pfg. erhöht werden und vom 1. April 1909 ab gezahlt werden.

Zur Aufhebung der Lex Trimborn, unter welchem Namen der § 15 des Zolltarifgesetzes bekannt ist, wird jetzt behauptet, daß ein besonderer Gesetzentwurf nicht eingebracht werden soll. Die Regelung wird durch die neue Reichsversicherungsordnung erfolgen, und damit fällt der § 15 des Zolltarifgesetzes ohne weiteres weg.

Steuerpolitik und Wirtschaftskonjunktur. Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank warnt vor Mißgriffen in der Steuerpolitik, weil dadurch erhebliche wirtschaftliche Schäden zu befürchten sind, insbesondere eine Besteuerung des Gesellschaftswesens würde die wirtschaftliche Entwicklung ganz erheblich beeinträchtigen.

Ein Muster-Landrat und Muster-Wahlkommissar ist bei der Wahl des Abgeordneten v. Saß-Jaworski im Wahlkreise Schweß (Reg.-Bezirk Marienwerder) in Tätigkeit gewesen. Bei einer Gesamtstimmenzahl von 16 470 wurde v. Saß-Jaworski mit einer Majorität von 180 Stimmen gewählt. Die Wahlprüfungskommission beanstandete die Wahl wegen einer Reihe von Verstößen gegen das Wahlreglement. Die Bedeutung dieses Falles liegt aber darin, daß der im Auftrage des Deutschen Wahlkomitees von dem Königlichen Schulrat Kießner eingereichte Protest eigentlich vom Wahlkommissar, Landrat v. Halem, veranlaßt ist. Er erließ, statt Tag und Ort der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses öffentlich bekanntzugeben, einfach an sämtliche Wahlvorsteher unter der Mitteilung, daß der Pole gewählt sei, die Aufforderung, ihre Bedenken, zu denen die Wahl in den einzelnen Bezirken etwa Anlaß gegeben hat, ihm gelegentlich der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses ungesäumt mitzuteilen. Aber weder diese Aufforderung des Wahlkommissars noch die Antworten der Wahlvorsteher befinden sich bei den Akten und daher beschloß die Kommission die Vernehmung dieses eifrigen Herrn und zwar auch darüber, ob er diese Antworten dem Protesterheber, dem Königlichen Schulrat, etwa mit dem Auftrage der Protesterhebung übermittelt habe.

Der von den Polen eingereichte Gegenprotest betont, daß fast nirgends Polen in den Wahlvorstand berufen worden seien, und spricht den Verdacht aus, daß etwaige Unregelmäßigkeiten (im Protest waren gerügt: gleichzeitige Anwesenheit mehrerer Wähler in der Isolierzelle, Auflegen von Stimmzetteln im Wahllokal und Isolierraum) absichtlich begangen worden seien, um dadurch die Möglichkeit der Kassation der polnischen Wahl zu schaffen.

Zur Festigung des Deutschtums und zur Hebung unseres moralischen Ansehens in den Ostmarken sind solche Vorkommnisse natürlich sehr geeignet.

Prozeß Eulenburg Der „Schwerkranke" wird in den nächsten Tagen auf Veranlassung der Wissenschaftlichen Deputation von den Professoren Schmidtmann und Straßmann daraufhin untersucht werden, ob er in absehbarer Zeit verhandlungsfähig sein wird. Das Medizinalkollegium hatte dies verneint.

Eine Mahnung, den Reichstag aufzulösen. Die offiziöse „Kölnische Zeitung" veröffentlicht eine ihr von „hochgeschätzter Seite" zugegangene Zuschrift, in der es heißt:

„Die Ablehnung der Nachlaßsteuer durch die Finanzkommission des Reichstags ist der eklatanteste Beweis für die politische Unreife dieser Körperschaft. Ich kann und will noch immer nicht glauben, daß die Reichsregierung sich ihren Plan aus den Händen winden läßt. Es gibt Augenblicke im Leben einer Nation, in denen Kompromisse der Regierung mit dem Parlament, die ja sonst zum täglichen Brot gehören, unbedingt verwerflich und schädlich sind. Das scheint mir jetzt der Fall zu sein. Jetzt heißt es meiner Ansicht nach für die Regierung: mit der Vorlage stehen oder fallen. Denn eine Verwerfung der Nachlaßsteuer bedeutet den Sieg einer einseitigen Interessenvertretung, den die Regierung nicht hinnehmen darf, ohne ihre Autorität und ihren Kredit zu verlieren. Ich würde keinen Augenblick zurückschrecken, den Reichstag aufzulösen, auch wenn neue Steuern ein schlechtes Wahlprogramm bieten. Es handelt sich eben um Sicherheit, Ehre und Zukunft des Deutschen Reichs. Das müßte den Wählern einmal klar gemacht werden, es kann so nicht weitergehen."

Der Wahlrechtskampf in Kiel. In der Sitzung der städtischen Kollegien am Sonnabend brachten die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihr Mißtrauen gegen den Magistrat in scharfer Weise zum Ausdruck, weil dieser es ablehnte, einem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung zu geben, daß die nach Berlin gehende Deputation ihr Schweigegebot aufgeben und den Stadtverordneten von dem Resultat der Verhandlungen mit dem Minister Mitteilung machen solle. Sie trieben Obstruktion und beantragten Aussetzung von 13 Vorlagen der Tagesordnung, die 16 Vorlagen aufwies. Dabei war die Lustbarkeitssteuer, die der Magistrat bis zur Etatsberatung, die am Dienstag stattfinden soll, fertig haben will, weil die daraus erwartete Mehreinnahme zur Hebung der Finanzklemme nötig ist. Die Obstruktion war möglich, da 10 Stimmen genügen, die Tagesordnung zu ändern. — Ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten, das nicht zur Verlesung gelangte, hatte folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten erklären hiermit, daß sie nach den fortgesetzten Versuchen des Magistrats, seine Macht zu vergrößern, aber die der Stadtverordneten und das Wahlrecht der Bürger zu beschneiden, keinen Grund haben, vor oder nach Abschluß der Wahlrechtsfrage dem Oberbürgermeister und dem Magistrat in irgendeiner Hinsicht Vertrauen zu schenken. Sie werden es sich daher zum Ziele setzen, den Platz des Oberbürgermeisters, sobald als es möglich ist, für einen Nachfolger, dem man Vertrauen schenken kann, freizumachen."

Aus dem Reichstag.

Budgetkommission. Was ist und was leistet ein Intendantur-Rat? Ueber diese Frage verhandelte am Donnerstag vormittag die Budgetkommission recht eingehend. Während die aktiven Herren Militärs dem Intendantur-Rat die größte Bedeutung beimessen, behauptete der ehemalige Kavallerie-General und jetzige Zentrumsabgeordnete Häusler, daß die dem Intendantur-Rat zugeschriebenen Arbeiten sehr wohl von wesentlich geringer besoldeten Sekretären geleistet werden könnten. In vielen Fällen, so z. B. bei der Rekruten-Aushebung, sei der Intendantur-Rat, — wie er aus eigener Erfahrung feststellen wolle — lediglich ein Dekorationsstück.

Mit erheblicher Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, die eine Reorganisation im Intendanturdienst verlangt, um Ersparnisse zu erzielen. In rascher Folge wurde dann eine größere Anzahl Positionen debattelos bewilligt.

Zu wesentlicheren Differenzen kam es beim Kapitel „Militär-Justizverwaltung". Es stellte sich bei dieser Debatte heraus, daß Offizieren, denen der Prozeß gemacht wird, alle durch das Verfahren entstandenen Kosten, Reisegelder usw. vergütet werden, selbst im Falle ihrer Verurteilung.

Die Aussprache über dieses interessante Kapitel endete mit den Abstrichen von 18 500 Mk. von den geforderten 547 000 Mk.

Außerdem wurde eine Resolution beschlossen, in der gebeten wird, daß in Erhebungen darüber einzutreten sei, ob die Gouvernements- und Intendantur-Räte nicht aufgehoben werden können. Die Anfrage, auf welche Rechtstitel sich die kommandierenden Generale berufen, wenn sie freie Dienstwohnung in Anspruch nehmen, beantwortete ein Regierungskommissar mit dem Hinweis auf Verfügungen, deren erste zurückgeht auf das Jahr 1810!

Abg. Noske schilderte, wie die Militärverwaltung die Stadt Chemnitz durch einen sanften Druck gezwungen habe, dem nach dort versetzten Divisionskommandeur einen Zuschuß von 600 Mk. jährlich für die Dienstwohnung zu gewähren.

Die Kommission wird auf Freitag vormittag vertagt.

In der Budgetkommission machte am Freitag vormittag der Vorsitzende, Frhr. v. Gamp, bestimmte Vorschläge wegen der Weiterberatung des Militär-Etats am Sonnabend. Dabei stellte er fest, daß man auf das Abgeordnetenhaus wegen der Beratung der Besoldungsvorlage irgend welche Rücksichten nicht mehr zu nehmen brauche, nachdem das Abgeordnetenhaus alle Anregungen und Bitten des Reichstags wegen der geschäftlichen Behandlung der Vorlagen unbeachtet gelassen habe. Die Kommission stimmt dem zu, wird also ihre Beratungen des Militär-Etats zugunsten der Besoldungsvorlage nicht unterbrechen.

Die Beratung des Etats wird heute fortgesetzt bei dem Kapitel: Gouverneure, Kommandanten und Platzmajore. Die Anfrage, ob nicht eine Anzahl dieser Stellen gestrichen werden könnte, da es sich gewiß nur um Repräsentationsposten handele, wird von den Vertretern der Reichs-Militärverwaltung lebhaft verneint.

Der Abg. Gothein wirft angesichts der Unzugänglichkeit der Herren Militärs bei der Streichung einiger Stellen die Frage auf, ob es nicht angemessen sei, anstatt des Feilschens um jeden einzelnen Posten einmal 50 oder 100 Millionen vom Militäretat abzustreichen, und es dann dem Kriegsminister zu überlassen, sich einzurichten. Er würde dann von selbst dazu kommen, alle überflüssigen Stellen zu beseitigen.

Der Kriegsminister wandte sich lebhaft gegen den Vorredner. Wie hätte er schon gepart! — — — Das habe man ihm im Reichstage bei der Etats-Debatte sogar freundschaftlich zugestanden.

Nach dieser schönen Rede lehnte natürlich die Kommissionsmehrheit alle Anträge, diese oder jene Stelle zu streichen, ab.

Abg. Gothein beantragt sodann, von den 12 persönlichen Adjutanten des Kaisers 2 zu streichen.

Der Kriegsminister wendet sich entrüstet gegen diesen Antrag, der sich geradezu direkt gegen den Kaiser richte.

Abg. Gothein bestreitet das entschieden; er lasse sich lediglich von der Absicht leiten, zu sparen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu einem lebhaften Geplänkel kam es dann wieder bei dem sogenannten Aggregiertenfonds, für den 400 000 Mark gefordert werden.

Durch das bei der Abstimmung entwickelte Ungeschick des Vorsitzenden, der den Fonds unter allen Umständen bewilligt wissen wollte, wurden 100 000 Mk. gestrichen.

Aus dem Landtag.

Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl des Abg. Hausmann (natl., 7. Hannover-Hameln) für ungiltig erklärt.

Lippisches.

Wie man „Hoflieferant" werden kann, geht aus einem Briefwechsel hervor, der unserem Breslauer Bruderblatt auf den Tisch geflogen ist. Ein Hofkunstmaler aus Friedenau — Karl Schleusing — spielt den Agenten. Eine Breslauer Firma erhielt folgenden Brief:

den 22. 8. 08.

Geehrte Firma!

Es bietet sich Ihnen Gelegenheit, in 14 Tagen Hoflieferant von einem regierenden deutschen Fürstenhofe zu werden, wenn Sie mich umgehend besuchen, damit Sie das Gesuch gleich sofort selbst einreichen. Alles nähere nur mündlich. Ein Ehrenhonorar für meine Mühen stelle ich Ihnen anheim, und brauchen Sie erst nach Erfolg zu bezahlen.

Hochachtend
Schleusing.

Wie aus dem weiteren Briefwechsel hervorgeht, handelt es sich um den lippischen Hof, und der Herr schreibt dann:

Der Fürst ist Oberst im 1. Garde-Ulanen-Regiment zu Potsdam, und ich bin geneigt, das Gesuch an geeignete Stelle zu geben.

Die Sporteln sollten 2000 Mk. betragen, und der Herr fragt:

In welcher Höhe werden Sie mir ein Gemälde nach Erfolg ablaufen, oder welches Ehrenhonorar würden Sie mir geben wollen für meine Mühen, wenn Sie kein Gemälde kaufen würden?

„Leider" ist in diesem Falle aus dem rentablen Geschäft nichts geworden.

Uebrigens entbehrt die moralische Entrüstung, welche einzelne bürgerliche Blätter in der Besprechung dieser Angelegenheit anzuschlagen versuchen, nicht der Komik und ist vor allem richtig pharisäisch. Wer hat denn mehr den Nährboden für diesen edlen Schacher zubereitet, wie die bürgerliche Presse, die in Ehrfurcht vor den Duodezfürsten bauchzurutschen pflegt!

Kommunales.

Das Dresdener Stadtverordnetenkollegium bewilligte gestern auf Antrag des Rates 4000 Mark zur Speisung bedürftiger Schulkinder. Die scharfe Kritik unserer Genossen anläßlich der Besprechung der Arbeitslosennot scheint also nicht ohne Wirkung geblieben zu sein.

Die Arbeitslosenzählung in Offenbach bot ein überraschend trauriges Bild. Anstatt, wie angenommen 500, waren 905 Arbeitslose vorhanden. Die Stadt hat 200 Arbeitslose beschäftigt, deren Zahl sich auf 128 verringerte, weil die Stadt rigoros von den Arbeitslosen die rückständigen Steuern einbehielt. Bei der Erörterung über diese Art der Beitreibung in der letzten Sitzung der Stadtverordneten führten städt. Beamte zur Entschuldigung an, daß 80 000 Mark Steuerrückstände vorhanden seien. 5618 oder 17,21 Prozent der gesamten Einwohner haben die Steuern gar nicht oder nur teilweise bezahlt. Die Restanten gehören fast alle dem Arbeiterstande an, können aber infolge der Arbeitslosigkeit und des geringen Verdienstes infolge der meistenteils verkürzten Arbeitszeit nichts zahlen.

Die „sozialpolitische" Stadtverwaltung von Königsberg in Preußen hat sich wieder auf ihrer sozialpolitischen Höhe gezeigt. Ein Antrag des „Zentralverbandes der Handlungsgehilfen", eine Arbeitslosenversicherung nach dem Straßburger Muster einzuführen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung fast einstimmig abgelehnt. Das Königsberger Stadtparlament ist noch „sozialistenrein".

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 8. März.

— **Die hiesigen Mitglieder der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger** hatten sich am Sonnabend im Theatersaal versammelt, um Stellung zu nehmen zu den Vorgängen zwischen „Deutschem Bühnenverein" und der Genossenschaft. Wir haben unseren Lesern darüber eingehend berichtet. Alle Redner und Rednerinnen ausnahmslos verurteilten das Vorgehen des Bühnenvereins und sprachen sich für einiges Zusammenhalten der Angestellten in der Genossenschaft demgegenüber aus. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 6. März im Foyer des Stadttheaters versammelten Mitglieder der hiesigen Bühne weisen die beleidigenden, nicht den Tatsachen entsprechenden Behauptungen sowie Unterstellungen des Bühnenvereins über die Beschlüsse des letzten Delegiertentages auf das entschiedenste zurück. Die Versammlung spricht dem „Deutschen Bühnenverein" das Recht ab, über ihre Standesvertretung zu urteilen und erkennt die „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger" nach wie vor als die einzige berufene Vertreterin ihrer Standesinteressen an.

Zum Delegierten nach Berlin wurde Herr Emil Landerer, zu seinem Stellvertreter Herr Berthold Katz gewählt. Es meldeten sich dann noch einige Schauspieler resp. Schauspielerinnen zur Aufnahme, so daß jetzt fast alle der Genossenschaft angehören. Dies ist die richtige Antwort auf das Vorgehen des Bühnenvereins.

— **Genossenschaftliches auf dem Gebiete des Fahrradmarktes.** Innerhalb eines Zeitraumes von zirka 15 Jahren hat sich mit dem Fahrrade eine ungeheure Wandlung vollzogen. Bei seinem ersten Auftauchen diente es namentlich der sogenannten besseren Gesellschaft als Mittel zur Ausübung des Sports. Heute bildet es ein ungemein wichtiges und nützliches, fast unentbehrliches Verkehrsmittel für die minderbemittelte Bevölkerung; namentlich die Arbeiter bedienen sich seiner, und die Zahl derer, die es zur täglichen Fahrt nach und von der Arbeitsstätte benutzen, zählt nach Hunderttausenden. Zählt doch z. B. der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" allein über 100 000 Mitglieder, und es darf angenommen werden, daß demselben nur etwa der zehnte Teil der radfahrenden Arbeiter Deutschlands angehört. — Diese weite Verbreitung des Fahrrades hat einen weit ausgedehnten Industriezweig ins Leben gerufen; der Umsatz auf dem Fahrradmarkte zählt in Deutschland nach Millionen, die meistenteils die Arbeiter aufbringen. Im Hinblick hierauf erscheint es wohl begreiflich, wenn der Versuch gemacht wurde, diese ungeheure Kaufkraft der Arbeiterschaft zu organisieren. Gerade auf dem Gebiete des Fahrradhandels findet der Zweck der Konsumvereine: Ausschaltung des Zwischenhandels und dadurch bedingte Verbilligung der Produkte, ein günstiges Feld.

In Berlin hat vor einigen Jahren eine Anzahl Arbeiter deshalb den Versuch gemacht, eine Einkaufsgenossenschaft für Arbeiter-Radfahrer ins Leben zu rufen. Im Verlauf von ungefähr vier Jahren hat sich nunmehr das Unternehmen zu einer bedeutenden Höhe emporgeschwungen; so wurde z. B. im Jahre 1908 ein Umsatz von 175 000 Mk. erzielt, was gewiß beachtenswert ist. Da sich die Prosperität des Unternehmens erwiesen hat, hat nunmehr der obengenannte Bund das Unternehmen unter seine Fittiche genommen. Dasselbe ist als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fahrradhaus „Frischauf" Walter Wittig u. Co. eingetragen und hat den Zweck, den radfahrenden Arbeitern die Beschaffung guter, reeller und vor allen Dingen preiswerter Fahrräder und sonstiger Bedarfsartikel zu vermitteln. Da gerade beim Einkauf der hier in Betracht kommenden Waren eine Täuschung und Uebervorteilung des kaufenden Publikums außerordentlich leicht ist, dürfte das Unternehmen Gutes für die Arbeiter leisten können. Der Gewinn des Unternehmens soll laut Gesellschaftsvertrag dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" zugute kommen, der denselben zum Ausbau seiner Unterstützungseinrichtungen verwenden soll. Das Unternehmen besitzt zurzeit neben dem Hauptgeschäft in Berlin Brunnenstraße 35, und einer Filiale in der Kottbuserstr. 9 ferner noch Filialen und Verkaufsstellen in Leipzig, Dresden Aue i. E., Breslau, Finsterwalde, Forst, Halle a. S., Hirschberg, Karlsruhe, Kiel, Magdeburg, Meißen, Offenbach a. M., Pieritz, Rüsselsheim, Zeitz und Zürich, in anderen größeren Städten sollen weitere errichtet werden. Der Gesamtwert der Lager an Fahrrädern und sonstigen Verkaufsgegenständen, sowie der Geschäftseinrichtungen dürften sich auf über 200 000 Mk. belaufen. Die Arbeiterschaft, die heute auf dem Fahrradmarkte fast einzige Abnehmerin ist, hat es in der Hand, dieses von der Arbeiterschaft errichtete und verwaltete Unternehmen zu einem mächtigen Faktor im wirtschaftlichen Leben zu gestalten.

Wir empfehlen den organisierten Arbeitern, bei Bedarf das Unternehmen zu berücksichtigen. In Orten, an denen keine Verkaufsstellen bestehen, kann der Bezug durch die Mitglieder und Vereine des Bundes, die an jedem namhaften Orte zu finden sind, bewerkstelligt werden.

— **Standesamt der Stadt Bielefeld.** Im Monat Februar d. J. wurden 157 (164) Geburten und 74 (119) Sterbefälle einschließlich 5 (6) Totgeburten angezeigt. Eben wurden 43 (44) geschlossen und Aufgebotsanträge 39 (46) gestellt.

Von den Lebendgeborenen waren 75 (81) männlichen und 82 (83) weiblichen und von den Verstorbenen 38 (65) männlichen und 36 (54) weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen standen 11 (27) im ersten Lebensjahre, 5 (13) zwischen ein und fünf, 4 (10) zwischen fünf und zwanzig, 7 (11) zwischen zwanzig und vierzig, 19 (14) zwischen vierzig und sechzig Jahren. Ein Alter hierüber hinaus wurde von 23 (38) Personen erreicht.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Februar des Vorjahres.

— **Sparkassengeheimnis.** Es wird darauf hingewiesen, daß es durchaus irrig ist, Einzahlungen bei der hiesigen Stadt-Sparkasse könnten zur Kenntnis der Steuereinschätzungsbehörde gelangen. Die Stadt-Sparkasse bildet einen besonderen Verwaltungszweig, der zu dem städtischen Steuerbureau und der Veranlagungskommission nicht die geringsten Beziehungen besitzt. Außerdem sind alle an der Geschäftsführung der Stadt-Sparkasse beteiligten Personen zur unbedingten Verschwiegenheit über die zu ihrer Kenntnis gelangenden Sparkassenangelegenheiten verpflichtet. Dem vertraulichen Charakter der Sparkassen ist auch gesetzlich dadurch Rechnung getragen, daß den Einschätzungskommissionen die Einsichtnahme der Sparkassengeschäftsbücher ausdrücklich untersagt ist. § 35 des Einkommensteuergesetzes lautet im Schlußsatz: „Die Einsicht der Bücher, Akten usw. der Sparkassen ist nicht gestattet."

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Ludwig Thomas Komödie „Moral", die in Berlin am Kleinen Theater bereits über hundertmal mit größtem Erfolg gegeben wurde, gelangt heute und Mittwoch zur Aufführung. Morgen (Dienstag) geht das von der Académie française preisgekrönte Schauspiel „Die rote Robe" zum Benefiz für Fräulein Melly Stollberg in Szene. Frau Auguste Prasch-Grevenberg, die kürzlich am Deutschen Theater ein längeres Gastspiel als Jacqueline in „Die fremde Frau" absolvierte, wird diese Rolle auch hier am Donnerstag und Sonntag spielen.

— **Polizeibericht.** Festgenommen wurden 2 Personen wegen Bettelns, 1 Person wurde in Schutzhaft genommen, 16 Obdachlose erhielten Unterkunft im Pol.-Gefängnis.

Gestohlen wurde in der Nacht zum 7. 3. 09 aus dem Hause Heinrichstraße 35 ein großes Kaninchen, belgischer Rasse, im Werte von 7 Mark.

Einbruchs-Diebstahl. In der Nacht vom 14./15. Februar 1909 wurden in Zürich 60 goldene, 330 silberne und Stahluhren, sowie Gold-, Silber- und Doubléwaren durch Einbruch gestohlen. Der Wert der entwendeten Sachen beträgt 11 000 Franken. Die Nummern der gestohlenen Uhren können bei der hiesigen Krim.-Pol. eingesehen werden. Diese nimmt auch Mitteilungen, welche zur Ermittlung der Täter führen, entgegen.

Versammlungen.

Bielefeld. Sozialdemokratischer Verein, 1. Bezirk (Wertherstraße, Bürgerweg und die dazwischen liegenden Straßen), morgen (Dienstag), abends 6¼ Uhr, bei Bewerkenhorn, Bürgerweg 50: Besprechung.

Konferenz der sozialdemokratischen Gemeinde-Vertreter des östlichen Westfalens und der lippischen Fürstentümer

am Sonntag, **14. März**, nachmittags **1½ Uhr**, im Lokale des Herrn Indiestel in Bielefeld, Bürgerweg 14.

Tagesordnung:

1. Die Wertzuwachssteuer. Referent: Genosse Hoffmann.
2. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Referent: Genosse Severing.

Indem wir durch die Einberufung dieser Konferenz dem Beschlusse der Konferenz vom 1. März 1908 nachkommen, ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung. Mit Parteigruß

Die Bezirksleitung.

Bezirksorganisation der sozialdemokratischen Partei des östlichen Westfalens und der lippischen Fürstentümer.

Auf dem Bezirksparteitage am 1. November 1908 in Herford wurde der nachstehende Antrag der Genossen in Münster-Coesfeld angenommen:

„Das Agitationskomitee wird beauftragt, monatlich eine in Traktätchenform gehaltene Agitationsschrift herauszugeben, die zum Selbstkostenpreise an die Wahlkreisorganisationen abgegeben wird."

In dem Bericht über die Konferenz für Münster-Coesfeld wird der Bezirksleitung zum Vorwurf gemacht, daß sie diesem Beschlusse entsprechend nicht gehandelt habe. Wir weisen demgegenüber nachdrücklichst darauf hin, daß in dem Antrage „Traktätchenform" verlangt wird. Das sind aber nur 4seitige, in Broschürenformatgröße gehaltene Flugschriften, und nicht achtseitige Monatsschriften, wie die Dortmunder „Wahrheit" eine ist. Uebrigens würde die Einführung einer so umfangreichen Flugschrift auf noch weit größere Schwierigkeiten stoßen, denn sie würde, da sie 4mal umfangreicher ist als die von uns vorgeschlagene 4seitige Flugschrift, dementsprechend höhere Kosten verursachen. Ueber Einzelheiten werden wir uns auf dem nächsten Bezirksparteitage unterhalten.

Das eine möchten wir aber doch noch aussprechen, daß bei der Behandlung derartiger Fragen auch die finanziellen Möglichkeiten in Betracht gezogen werden müssen. Diese Möglichkeiten lagen nicht vor, und deshalb haben die Kreise selbst verzichtet. Wer vorurteilsfrei die Abrechnungen der einzelnen Kreise prüft, wird das auch ganz erklärlich finden.

Die Bezirksleitung.

NB. Wir erinnern nochmals daran, daß die Sitzungen der Bezirksleitung jeden **ersten Dienstag** im Monat, abends 9 Uhr, stattfinden.

Die Petitionsbewegung gegen jegliche Mehrbelastung des Tabaks,

wie sie die sogenannte Reichsfinanzreform bringen soll, ist immer noch im Fluß. Die Beratung der Tabaksteuer hat nun in der Kommission begonnen. Es ist deshalb nötig, daß die Sammlung der Unterschriften schleunigst beendigt wird und daß die Petitionsbogen, die noch im Umlauf sind, im Laufe des Monats an das Bureau des Deutschen Reichstages in Berlin gesandt werden. Gleichzeitig ist den Abgeordneten des betreffenden Wahlkreises von dem Wortlaut der Petition und der Zahl der Unterschriften Mitteilung zu machen.

* **Kirch-Dornberg**, 7. März. Sozialdemokratischer Verein. Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß die Bibliothek jetzt eingerichtet ist. Die Bücherausgabe findet beim Genossen Niedick statt.

s. **Herford**, 7. März. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Karten zu der Theater-Vorstellung am Sonnabend, 13. d. M., im Sekretariat abzuholen.

Das Gewerkschafts-Kartell.

* **Spenge**, 7. März. In der letzten Gemeinderatssitzung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Antrag des Lehrers Schneider auf Erhöhung der Mietsentschädigung. 2. Lichtanlagen im Rektorgebäude. 3. Gastweise Zuweisung der drei Kinder Uffmann von Bardüttingdorf nach Südspenge. 4. Uebernahme der Wohnungsmiete auf den Armenetat für die Eheleute Müller. 5. Marktplatz. 6. Beschaffung einer Gendarmeriewohnung. 7. Entschädigung der Inhaber der Firma Kronsbein u. Heiner für abgetretene Grundstücke zum Wegebau nach Westerenger. 8. Instandsetzung des Weges von der Wohnung des Neubauers Kaspar Biermann bis zum Futterbach. 9. Instandsetzung des Weges von Ww. Ebeler-Holtmann bis Nienaber. 10. Tilgung der für das Rektorhaus aufzunehmenden Anleihe. 11. Mitteilungen. Der 1. Punkt wurde wegen des bevorstehenden Lehrerbesoldungsgesetzes abgelehnt. Zum 2. Punkt soll noch eine Offerte eingeholt werden. Punkt 3 wurde gegen ein Entgelt der Gemeinde Bardüttingdorf bewilligt. Ebenso wurde dem Antrag unter 4 zugestimmt. Dem Kaufmann Schanzenberg wurden für abgetretene Grundstücke 300 Mk. bewilligt, während R. Bonning für erhaltene Grundstücke 200 Mk. zahlen soll. Punkt 6 wurde abgelehnt. — Mit der Firma Kronsbein u. Heiner sollen weitere Verhandlungen angeknüpft werden wegen der Entschädigungssumme. Zu 8. Die Instandsetzung des Weges wurde beschlossen. 9. Der Weg soll gelegentlich von der Gemeindevertretung besichtigt werden. Die Anleihe zu Punkt 10 wurde bewilligt. — Der Amtmann machte noch eine vertrauliche Mitteilung, worauf Schluß der Sitzung erfolgte.

* **Vlotho**, 6. März. Der hiesige christlich-soziale Verein veröffentlicht im „Anzeigenblatt" eine Annonce, welche sich mit Vorgängen bei der Siegener Reichstagswahl beschäftigt und jedenfalls dazu bestimmt ist, angesichts der im Wahlkreise Herford-Halle zu erwartenden Reichstagswahl schon jetzt den Gegnern (Freisinnigen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten) eins auszuwischen. Die Annonce trägt die Ueberschrift „Nationalliberale und Tabaksteuer". Es wird in ihr erzählt, daß in einer Wahlversammlung in Burbach zwei nationalliberale Landtagsabgeordnete aufgetreten seien, welche sich für eine höhere Belastung des Tabaks ausgesprochen hätten; diese beiden hätten sogar den Abg Behrens und den Kandidaten Mumm eines Verbrechens am deutschen Volke bezichtigt, weil sie Gegner der Mehrbelastung des Tabaks seien. Das ist allerdings starker Tobak — aber, ihr Herren „Christen", das ist doch nichts „Absonderliches", das ist doch die Meinung fast aller konservativen oder nationalliberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten, wenn sie nicht just in Herford-Halle oder Minden-Lübbecke oder ähnlichen Kreisen gewählt sind. Und da kommt die christliche Heulmeierei und das Augenverdrehen: „Und diese Freunde der Tabaksteuer sind unterstützt von Freisinn und Sozialdemokratie!" Wie schrecklich! Aber wartet nur, die Strafe wird nicht ausbleiben, denn: Besprechung dieses Themas auf (wörtlich) der nächsten Versammlung. Wenn das bloß nicht schlimm wird, „auf" der nächsten Versammlung. Wir wollen hier gleich noch hinzufügen, daß das oben Geschilderte noch nicht das allerschlimmste bei der Siegener Wahl gewesen ist, da hat sogar ein „christlicher" Redner Maulschellen bekommen, da ist sogar Vater Stöckers langjähriger Wahlkreis verloren gegangen, also Mumm nicht gewählt worden. Aber daß die „Christlich-Sozialen" entrüstet tun über Freisinnige und Sozialdemokraten um deren Wahlhilfe, das ist köstlich. Welche Partei hat wohl mehr dazu getan, Freunden der indirekten Besteuerung in den Reichstag zu helfen, wer ist wohl der dickste Freund der Kornwucherer, wer geht mit den Konservativen so durch Dick und Dünn, als die Christlich-Sozialen? Wer geifert wohl am meisten gegen die einzige Partei im Reichstage, die geschlossen gegen die Mehrbelastung des Tabaks auftritt, wer verleitet die Arbeiter dazu, ihre größten Gegner zu wählen, und wem ist zu diesem Zwecke nicht jedes Mittel gut genug? Doch nur den „Christlich-Sozialen". Wer für alle anderen indirekten Steuern eintritt und eingetreten ist, der kann sich doch wahrlich nicht zum Ruhme rechnen, in einem einzigen Falle einmal eine Ausnahme zu machen. Wie sagte doch der Pharisäer: Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute.

* **Vlotho**, 6. März. Hier hat der „Verband christl. Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands" ein Flugblatt verbreitet, in welchem zum Eintritt in diesen Verband aufgefordert wird. Das wäre an und für sich nicht zu tadeln; aber wie es bei unseren Christen einmal Sitte ist, ohne den Gegner zu verunglimpfen, ohne unanständig zu werden, geht es nun einmal nicht ab. Hauptsächlich betont das Flugblatt die erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes gegen die drohende Mehrbelastung des Tabaks, dahingegen hat der Tabakarbeiterkongreß in Berlin mehr geschadet als genutzt und die „Deputation christlich organisierter Tabakarbeiter" hat wieder gut machen müssen, was der Kongreß durch seine Maßlosigkeiten verdorben hatte. Der christliche Verband hatte das alles „Gott sei Dank" früh genug eingesehen, und war daher weitab gerückt von der „sozialdemokratischen Protestbewegung", in dem Bestreben, alles vom Abwehrkampf abzuhalten, was der gemeinsamen Sache der Tabakarbeiter schaden konnte. Als Beweis beruft sich das Flugblatt auf eine Rede des Abg Fehrenbach in Lahr i. B. und macht sich dessen Ausführungen zu eigen. So urteilt also das Flugblatt über die Protestbewegung, die wir entfaltet haben unter Mitwirkung aller Kreise der Bevölkerung hier im Ravensberger Lande und die ihren Höhepunkt fand in dem so zahlreich beschickten Tabakarbeiterkongreß in Berlin. So urteilt das Flugblatt über den Abwehrkampf, der mit so großen Opfern und Mühen von uns geführt wird, die Kämpfer und Kampfesmittel herabsetzend und so den Freunden der Tabakbesteuerung in die Hände arbeitend. Mitten im Abwehrkampf dem treuesten und besten Mitkämpfer in den Rücken fallend! Echt christlich, nicht wahr! In dem Flugblatt selbst aber wird der „Tabakarbeiter", das Organ des „freien" (soz.) Verbandes, zitiert, dieser habe wörtlich in seiner Nr. 19 vom 13. Mai 1906 geschrieben: „Bekanntlich haben die christlich organisierten Tabakarbeiter gegen die höhere Belastung des Tabaks resp. gegen die Zigarettensteuer ebenso energisch protestiert wie unsere organisierten Genossen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes." Ebenso wird sich darauf berufen, daß auf dem letzten Tabakarbeiterkongreß in Berlin der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete v. Elm ausdrücklich anerkannt habe, daß der christliche Tabakarbeiterverband die Tabaksteuervorlage energisch bekämpft habe. Also der „Tabakarbeiter" und v. Elm, sie beide haben Worte der Anerkennung für die christlichen Kollegen und Mitkämpfer, diese hingegen für ihre sozialdemokratischen Kollegen und Mitkämpfer nur Herabsetzung und Verächtlichmachung. Müßte den Leuten nicht die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn sie ihr eigenes Flugblatt lesen?

* **Salzuflen**, 7. März. Die Eingabe an den Landtag betr. Wertzuwachssteuer. Das Schreiben, über das wir in Nr. 54 vom 5. März berichtet haben, ist nicht vom Vorstand der Stadtverordnetenversammlung, sondern von den Stadtverordneten der 3. Klasse an den Landtagsabgeordneten Gen. Schmuck gerichtet worden.

* **Niederbexen**, 7. März. Am Sonntag, 28. Febr., wurde hier eine Versammlung zur Gründung eines Gesangvereins abgehalten. 12 Genossen hatten sich sofort unterzeichnet. Am Sonnabend, 6. d. M., sollte nun die definitive Gründung vor sich gehen. Leider fehlten von den Unterzeichneten die meisten. Es ist nun auf Sonnabend, 20. d. M., abends 8½ Uhr, bei Cossel, Aussichtsturm, eine nochmalige Besprechung anberaumt. Die Sangesfreunde werden um vollzähliges Erscheinen gebeten, damit auch hier die Gründung eines Arbeiter-Gesangvereins zustande kommt.

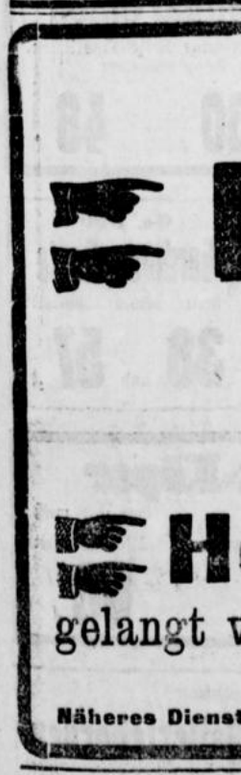
* **Detmold**, 7. März. Lippischer Landtag. In der Freitagsitzung wurde der Antrag der Kommission zu dem Proteste gegen die Giltigkeit von Schmucks Wahl angenommen. Dieser Antrag enthält das Ersuchen an die Regierung, die Angaben des Protestes zu prüfen und dem Landtage über das Ergebnis Mitteilung zu machen. Daß die Wahl dieses einen Sozialdemokraten den Liberalen gegen den Strich gehen würde, war vorauszusehen, aber es war nicht anzunehmen, daß sich die Herren so sehr anstrengen würden, die Ungiltigkeitserklärung zu erreichen. Unterzeichnet ist der Protest von dem liberalen Redakteur und Verleger des Salzuflen Ablegers der Landeszeitung, Herrn Franz, dem das Material zugetragen sein wird. Dies Material ist jedoch recht eigenartig. Es sollen in Lemgo 313 und in Salzuflen etwa 80 namentlich aufgeführte Personen gewählt haben, die nicht wahlberechtigt gewesen seien. Der Prozentsatz ist zu groß, als daß es sich um gewöhnliche Unregelmäßigkeiten handeln könnte. Darum handelt es sich auch nicht, sondern um eine moderige Bestimmung aus einer alten, vielleicht 50 oder 60 Jahre zählenden lippischen Verordnung, wonach an das Heimatsrecht ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind, die wir hier nicht anführen können. Genug, die Herren Liberalen haben in den alten Verordnungen nachgegraben und ans Licht gebracht, was kein Mensch sonst ahnte, um nur zu erreichen, daß der eine Sozialdemokrat ihre pfiffigen Gedanken nicht mehr stört. Damit hat es jedoch noch einen Haken. Wenn die Behauptungen des Protestes zuträfen, dann würde ja Schmucks Wahl für unglitig erklärt werden, aber wenn die Liberalen noch einen schwachen Rest von Anstand besäßen, würden sie ihrem Parteigenossen Brakemeier — vielleicht auch dem einen oder anderen sonst noch — empfehlen, nun auch dem Landtage den Rücken zu kehren. Besteht jene moderige Bestimmung zu Recht, dann ergäbe sich als Konsequenz, daß die vorigen Landtage mehr oder weniger ungesetzlich zusammengesetzt gewesen sind. Abgesehen von alledem zeugt es von einem eigenen Geschmack daß liberal sein wollende Herren es versuchen, Hunderten von Wählern die Wahlberechtigung zu nehmen, die in Lippe geboren sind, deren Väter ebenfalls Lipper sind oder waren. Auf diese Weise wird das an und für sich schon traurige Wahlrecht in Lippe zu einer Farce. Wie diese eigenartige liberale Machenschaft auch ausgeben mag, es ist einerlei, die Sozialdemokratie wird auf dem Posten sein. — Neben diesem Proteste wurde der Regierung ein zweiter, der sich gegen die Wahl eines konservativen Herrn der 2. Klasse richtet, überwiesen.

In der fortgesetzten 2. Lesung des Etats wurden die verschiedensten Anregungen gegeben. An Pensionen müssen 1909 fast 100 000 Mk. bezahlt werden, an Zinsen für aufgenommene Kapitalien 90 000 Mark. Eine längere Debatte entstand über die Eisenbahnfrage, wobei es sich um die Anlegung zweier Bahnen im nördlichen Teile des Landes handelt. An der Geldklemme des Staates sind frühere Projekte gescheitert, jetzt aber scheint wieder etwas Zug in die Geschichte zu kommen, nachdem die beteiligten Gemeinden die Kosten für den nötigen Grund und Boden bewilligt haben. Auf eine Anfrage gab die Regierung Auskunft darüber in dem Sinne, daß die Pläne usw. über eine Bahn von Lemgo über Hohenhausen nach Rinteln der Regierung übermittelt worden seien, die nun versuchen werde, eine Vorlage über den Bau der Bahn zustande zu bringen. Zu dem Zwecke soll mit auswärtigen Baugesellschaften und Geldleuten verhandelt werden. Ein aus der Mitte des Landtags gestellter Antrag, wonach die Regierung die Ausarbeitung und Vorlegung eines Bahnprojekts noch in diesem Jahre vornehmen soll, wurde angenommen. Auf die Pflicht des lippischen Staates, Fortbildungsschulen von Staats wegen zu errichten, wiesen verschiedene Mitglieder der Linken hin, auch Abg. Schmuck, der die Notwendigkeit eines selbständigen Gesetzes besonders betonte. Den Ausbau des Fortbildungsschulwesens suchen im kleinen die Landwirte nach Möglichkeit zu verbindern, was ihnen auch möglich ist, weil jetzt noch durch den Staat nichts geschieht und alles dem Belieben der Gemeinden überlassen ist. In den Gemeinden aber zertrampeln die Bauern 1. und 2. Klasse — Dreiklassenwahl! — jede Regung des Fortschritts und einer

verständigen Anpassung an
voriges Jahr einen Entw
ausgearbeitet, aber dieser
geblieben. Vielleicht sieht
tage zu präsentieren. Be
neuer Schmuck nach den
rufs- und Gewerbeb
veröffentlicht sind. Aber
nichts davon (!), er meint
Amte noch nicht fertig ge
lägen, würden sie veröffen
man sich die ganze Arbeit
sich die Zusammenstellung
und es zeigt wieder von de
die lippische Regierung hat
solche nicht gerade uninte
Zeit warten läßt. Bei
nähernd 200 000 Mark der
gebrachten Wünsche recht
gangen werden, weil sie
Mehr Aufmerksamkeit ver
rungsvertreters über den
Lippe. Einen eigenen Gen
bisher nicht leisten zu kön
die Kosten zu hoch wären
versucht, einen preußischen
zu nehmen, aber wenn da
jetzt doch Preußen abgew
amie nicht nebenbei noch
Darauf nun will es die
preußischen Gewerberat
Pensionär entlassen ist un
Tage beschließen will.
leisten kann.

In der gestrigen
Errichtung neuer Sch
eine — Errichtung eines
— durch glatte Annahme
anderen — hier handelt
Schulbezirks der Gemeind
Bedenken laut, ob dem
zugestimmt werden könne,
In der Debatte darüber
wurde deshalb die Sache
die versuchen soll, die glatt
oder doch einen Weg zu f
seitigung des anerkannt
minister sprach danach zu
Worte, denen vertraulich
Kalivertrag soll mit ein
abgeschlossen werden, dess
pflichtungen übernehmen
zwischen verstorbener B
Dieser ist gestorben und
nicht erfüllen, so daß der
fallen sind. In dem neu
fordert, daß der Unterne
niederbringen soll. Wenn
Staate ein gewisser Vor
des früheren Unternehme
aber die Sache hat insofer
Gebiete unantastbar sind
Gebiete aber scheinen am
günstigen Stande der K
Hoffnungen auf Erträge
zu machen. — Montag n
handlungen fortgesetzt w
dem neuen Unternehmer

* **Münster**, 4. Mär
sammlung. Während
fast leer ist, war er gest
dieses überaus starken Be
lichen Gewerkschaften, be
beiten an tariftreue Un
führung des Münsterschen
wiederholt aufmerksam z
Besucher nicht auf ihre
acht Punkte der Tagesord
Stadtverordnetenvorsteher
richtiger zu machen, wenn
stehende Gegenstand zun
gefahren würde. Auf di
stehende Antrag der Chri
treter der christlichen Ar
So kam es dann, daß be



verständigen Anpassung an die Zeit. Die Regierung hatte schon voriges Jahr einen Entwurf für ein Fortbildungsschulgesetz ausgearbeitet, aber dieser Entwurf ist bei der Regierung liegen geblieben. Vielleicht sieht sie sich jetzt veranlaßt, ihn dem Landtage zu präsentieren. Bei einer Gelegenheit fragte Abgeordneter Schmuck nach den Ergebnissen der Leiden letzten Berufs- und Gewerbezählungen, die bisher noch nicht veröffentlicht sind. Aber der anwesende Regierungsrat wußte nichts davon (!), er meinte, die Sachen seien vom Statistischen Amte noch nicht fertig gearbeitet. Wenn die Zahlen aber vorlägen, würden sie veröffentlicht werden. Natürlich, sonst hätte man sich die ganze Arbeit sparen können! Aber für Lippe hätte sich die Zusammenstellung bei gutem Willen längst machen lassen, und es zeigt wieder von dem kolossalen sozialen Verständnis, das die lippische Regierung hat, wenn sie die Leute, die sich mehr für solche nicht gerade uninteressanten Dinge erwärmen, so lange Zeit warten läßt. Bei dem Titel Wegebau, auf den annähernd 200 000 Mark der Ausgaben entfallen, wurden die vorgebrachten Wünsche recht zahlreich, aber hier können sie übergangen werden, weil sie prinzipielle Bedeutung nicht haben. Mehr Aufmerksamkeit verdienen die Mitteilungen des Regierungsvertreters über den Stand der Gewerbeaufsicht in Lippe. Einen eigenen Gewerbeaufsichtsbeamten glaubte man sich bisher nicht leisten zu können, weil dafür der Bezirk zu klein und die Kosten zu hoch wären. Darum hat die Regierung wieder versucht, einen preußischen Gewerberat in Nebenbeschäftigung zu nehmen, aber wenn das auch für einige Zeit glückte, so hat jetzt doch Preußen abgewinkt und erklärt, daß preußische Beamte nicht nebenbei noch in Lippe beschäftigt werden können. Darauf nun will es die Regierung mit einem abgedankten preußischen Gewerberat versuchen, der also in Preußen als Pensionär entlassen ist und nun im schönen Lipperländchen seine Tage beschließen will. Es muß abgewartet werden, was der leisten kann.

In der gestrigen Sitzung wurden zwei Vorlagen über Errichtung neuer Schulbezirke erledigt, und zwar die eine — Errichtung eines neuen Schulbezirks in Dörentrup — durch glatte Annahme des Regierungsvorschlages. Bei der anderen — hier handelt es sich um die Bildung eines neuen Schulbezirks der Gemeinde Ehrentrup bei Lage — wurden Bedenken laut, ob dem Antrage des Ausschusses ohne weiteres zugestimmt werden könne, der Ablehnung der Vorlage empfahl. In der Debatte darüber konnte man sich nicht einigen, und es wurde deshalb die Sache nochmal der Kommission überwiesen, die versuchen soll, die glatte Ablehnung der Vorlage zu vermeiden oder doch einen Weg zu finden, der zu einer befriedigenden Beseitigung des anerkannten Notstandes führt. Der Staatsminister sprach danach zu der Kalivorlage einige einleitende Worte, denen vertrauliche Verhandlungen folgten. Der neue Kalivertrag soll mit einem Bankhause Gumpel in Hannover abgeschlossen werden, dessen Inhaber ungefähr die gleichen Verpflichtungen übernehmen will, die vor einigen Jahren ein inzwischen verstorbener Bergwerksdirektor übernommen hatte. Dieser ist gestorben und konnte schon deshalb die Bedingungen nicht erfüllen, so daß dem Lande die 10 000 Mk. Kaution verfallen sind. In dem neuen Vertragsentwurfe wird wieder gefordert, daß der Unternehmer in drei Jahren drei Bohrlöcher niederbringen soll. Wenn Kali gefunden wird, so verbleibt dem Staate ein gewisser Vorteil dauernd. Nach den Mitteilungen des früheren Unternehmers soll Kali in Lippe zu finden sein, aber die Sache hat insofern wieder einen Haken, als verschiedene Gebiete unantastbar sind, weil sie der Krone gehören. Diese Gebiete aber scheinen am ehesten Kali zu bergen. Bei dem ungünstigen Stande der Kaliwerke braucht man sich vorläufig Hoffnungen auf Erträge aus lippischen Kalisalzlagerstätten nicht zu machen. — Montag nachmittag sollen die vertraulichen Verhandlungen fortgesetzt werden, man hat auch vorgesehen, mit dem neuen Unternehmer persönlich zu beraten.

* **Münster,** 4. März. Stadtverordneten-Versammlung. Während sonst der an sich kleine Zuhörerraum fast leer ist, war er gestern abend gedrängt voll. Die Ursache dieses überaus starken Besuches war wohl der Antrag der christlichen Gewerkschaften, betreffend Vergebung von städtischen Arbeiten an tariftreue Unternehmer. Die eigenartige Geschäftsführung des Münsterschen Stadtparlaments, auf welche wir schon wiederholt aufmerksam zu machen Gelegenheit hatten, ließ die Besucher nicht auf ihre Rechnung kommen. Nachdem die ersten acht Punkte der Tagesordnung erledigt waren, glaubte der Herr Stadtverordnetenvorsteher, mit Zustimmung des Kollegiums, es richtiger zu machen, wenn der an letzter Stelle zur Verhandlung stehende Gegenstand zunächst erledigt und dann rückwärts fortgefahren würde. Auf diese Weise kam der an neunter Stelle stehende Antrag der Christlichen zuletzt an die Reihe. Die Vertreter der christlichen Arbeiter ließen den Vorsitzenden gewähren. So kam es dann, daß bei der vorgerückten Zeit der so wichtige Antrag überhaupt nicht mehr zur Verhandlung kam. — Das Gesuch des Herrn Gerdemann um Baugenehmigung auf seinem am Prozessionsweg gelegenen Grundstück, die schon dreimal verweigert worden ist, wurde dem Magistrat zu wohlwollender Berücksichtigung überwiesen. — Der Gesamt-Etat der Volksschulen der Stadt Münster schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 755 000 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von 60 000 Mk. Zu den Ausgaben zahlt die Kämmereikasse einen Zuschuß von 650 000 Mark. Die Mehrausgaben sind nötig geworden infolge der Neueinrichtung von Schulen. Bemerkenswert ist noch die Neuregelung der Gehälter der Schuldiener. Die Löhne der Schuldiener an den evangelischen Volksschulen waren in früheren Jahren etwas höher bemessen, als die ihrer Kollegen an den katholischen Schulen. Statt nun einen Ausgleich in der Weise vorzunehmen, daß man den Schuldienern an den katholischen Schulen die Löhne soweit erhöhte, daß sie mit ihren evangelischen Kollegen gleich stehen, stellte man einen neuen Tarif auf, nach welchem die an den evangelischen Schulen Beschäftigten gegen früher 11,20 Mk. weniger erhalten. — Die in letzter Sitzung für die Suppenküche vorläufig bewilligten 500 Mk. werden heute definitiv angenommen. — Es folgt ein Antrag des katholischen Fürsorge-Vereins, welcher dem Kollegium schon wiederholt vorgelegen hat, zuletzt im Dezember vorigen Jahres. In demselben werden 300—400 Mk. zur Einrichtung und ein jährlicher Zuschuß von 1200 Mk. zur Unterhaltung einer Beratungsstelle und Auskunftserteilung in der Säuglingspflege an Mütter verlangt. Nach heftiger Debatte wird unter Ablehnung eines Antrags des Magistrats auf Vertagung der Posten bewilligt. Ein weiterer Antrag, wonach der Magistrat in nächster Zeit eine Vorlage über Tuberkulosenkranken-Fürsorge vorlegen soll, wird ebenfalls angenommen. — Eine Erbschaft von 55 000 Mk für das Clemenshospital, von welcher aber noch verschiedene Abstriche gemacht werden, wird heute definitiv angenommen. — Ein Antrag des Zentrumswahlkomitees, eine Revision der Steuereinschätzungen für den Außenbezirk der Stadt (innerhalb der sogenannten grünen Linie) vorzunehmen und einen praktischen Landwirt in die Steuerveranlagungskommission zu wählen, wird nach kurzer Aussprache angenommen. — Einem Antrag der unteren und mittleren Beamten, die Stadt Münster in die Wohnungsgeldzuschußkasse B zu erheben, wird stattgegeben. — Beim Titel Städtische Handwerker-Fortbildungsschule, dessen Einnahmen und Ausgaben mit 36 232 Mk. angesetzt sind, kommt plötzlich wieder der Sparsamkeitssinn zum Vorschein. Der Stadtverordnete Schmedding schlägt eine Erhöhung des Schulgeldes vor, dem wird jedoch von den nachfolgenden Rednern widersprochen. Der Etat wird nach der Vorlage genehmigt. — Der Antrag des Westfälischen Reitervereins auf einen jährlichen Zuschuß von 300 Mk., welcher in der letzten Sitzung mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde, steht heute wieder auf der Tagesordnung. Derselbe ist vom Magistrat wieder eingebracht mit der Motivierung, daß der Antrag nur abgelehnt wurde, weil die Summe auf 10 Jahre gefordert wurde. Die Annahme des Antrags sei aber nötig, um Münster nicht in ein schlechtes Licht zu stellen. Die Existenz des Reitervereins hänge davon zum Teil ab. Als einziger, welcher diesen Antrag heute noch bekämpft, tritt Stadtv. Mischmann auf. Er bittet, den Antrag abzulehnen. Der Magistrat solle nicht glauben, er habe hier nur Puppen vor sich. Die Herren, welche sonst und noch kurz vorher vom Sparen redeten, finden jetzt keine Worte. Es gilt ja auch den armen Adligen unter die Arme zu greifen, der Stadtsäckel hat ja Geld. Die Steuerzahler können sich freuen über ihre Vertreter im Stadtparlament. Der Magistrat, der Bürgermeister wünscht es! Und die Herren Stadtverordneten sagen ja. Hoffentlich wird nun der Reiterklub in den nächsten fünf Jahren nicht pleite gehen, er erhält jedes Jahr 300 Mk. Zuschuß. Die ins Wanken geratene Ehre Münsters ist gerettet.

Letzte Nachrichten.

Zum Konflikt auf der Balkanhalbinsel.

Konstantinopel, 7. März. Die Unterzeichnung des russisch-türkisch-bulgarischen Abkommens wird als bevorstehend bezeichnet.

Belgrad, 6. März. Der österreichische Gesandte teilte heute mittag der serbischen Regierung den Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung in der Frage des Handelsvertrages mit.

Köln, 6. März. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: „Die Mitteilung, die der österreichische Gesandte in Belgrad der serbischen Regierung gemacht hat, erscheint nach hiesiger Ansicht durchaus geeignet, einen Ausweg aus den vorhandenen Schwierigkeiten zu bieten, wenn anders es der serbischen Regierung mit dem Wunsche auf Herstellung regelmäßiger Beziehungen zu Oesterreich und dem Verzicht ihrer Forderungen wegen Bosniens usw. Ernst ist. Nach dieser Hinsicht wird jedenfalls die serbische Antwort ein Prüfstein sein für den ehrlichen und guten Willen Serbiens. Die Mitteilung des österreichischen Gesandten in Belgrad erfolgte unter Wahrung freundschaftlicher Formen und hatte nicht etwa die Form eines Ultimatums, sondern die eines gut gemeinten Anerbietens. Wenn Serbien daher auf den österreichischen Vorschlag eingeht, so würde es das unter voller Wahrung der nationalen Würde tun können und ohne unter dem Druck einer Nötigung zu handeln. Alle Mächte, denen an der Beseitigung des serbischen Streitfalles gelegen ist, würden ihm sicher nunmehr den Rat erteilen, die von Oesterreich geschlagene Brücke zu betreten, und ebenso mit Oesterreich zu verhandeln, wie die Türkei mit Oesterreich verhandelt hat."

Wien, 7. März. Die hiesige Presse bezeichnet den Schritt Aehrenthals in Belgrad als ein loyales Entgegenkommen des Stärkeren. An Serbien liege es nunmehr, sein bisheriges Doppelspiel aufzugeben und klipp und klar zu erklären, ob es den Krieg will oder nicht, ob bei Belgrad die Fürsorge für den eigenen Staatsvorteil oder ein unheilbarer Größenwahn überwiege.

Wien, 7. März. An maßgebender Stelle wird als Zweck des letzten Schrittes Oesterreich-Ungarns in Belgrad der Wunsch nach möglichst baldiger und vollständiger Klärung der Situation bezeichnet. In diplomatischen Kreisen wird betont, daß aus diesem Schritt hervorgehe, daß Oesterreich-Ungarn beabsichtige, die serbische Frage weder vor eine Konferenz zu bringen, noch durch eine Intervention zur Angelegenheit der Mächte werden zu lassen, sondern durch ein selbständiges Vorgehen direkt mit Serbien zur Verständigung zu gelangen.

Berlin, 8. März. Ein schauriger Fund wurde gestern nachmittag in der Gepäckabteilung des Lehrter Personenbahnhofs gemacht. In einem fast neuen Koffer wurde die stark in Verwesung übergegangene Leiche eines kleinen Knaben gefunden. Das Kind ist allem Anschein nach gleich nach der Geburt getötet worden. Die Tat liegt schon mehrere Wochen zurück.

Wiesbaden, 8. März. Auf der Rodelbahn beim Chausseehaus ereignete sich gestern früh ein schweres Unglück. Zwei Kinder des Briefträgers Neeb wurden getötet, die Eltern und zwei Mitfahrer schwer verletzt.

Danzig, 8. März. Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Schamp vom 128. Inf.-Reg., der einem Musketier wegen eines geringen Vergehens Faustschläge ins Gesicht und ins Genick versetzt hatte, so daß er ohnmächtig wurde und einige Tage krank war, zu 3 Monaten Gefängnis. Von einer Degradation wurde Abstand genommen.

Eydtkuhnen, 8. März. In Sintow drangen nachts 4 mit Revolvern bewaffnete Banditen beim russischen Geistlichen ein. Sie raubten mehrere hundert Rubel und entkamen. Die Frau des Priesters starb vor Schreck.

London, 8. März. Aus Kapstadt wird berichtet, das norwegische Segelschiff „Auf'and" sei auf der Fahrt nach Lüderitzbucht an der Klippe der Possessionsinseln gestrandet. Das Schicksal der an Bord Befindlichen ist unbekannt.

Schneefall und Lawinen. Wien, 6. März. Die „N. Fr. Presse" meldet aus Klagenfurth: Der Schneefall nimmt immer mehr den Charakter einer Katastrophe an. Im ganzen Lande stockt der Verkehr. Sehr gefährdet ist der Ort Bleiberg durch Lawinenstürze. Bei Kreuzen in Oberkärnthen wurden vier Arbeiter getötet, bei der Ortschaft Grabstich drei Bauerngehöfte verschüttet, wobei ein Bauer und ein Knabe den Tod fanden. Bei Mallnitz hat die Bahnstrecke schweren Schaden erlitten.

Salzburg, 8. März. Eine mächtige Schneelawine riß am neuen Tauerntunnel-Eingang im Tal gestern früh drei Arbeiterbaracken und eine Wirtschaftskantine weg. Ein 20 Meter hoher Schneewall begrub mit den Baracken über 50 noch schlafende Arbeiter. Die Feuerwehr und Arbeiter begannen sofort mit den Rettungsarbeiten. Bis nachmittag wurden 11 Tote und 22 Schwerverletzte aus den Schneemassen herausgegraben. Militär ist zur Hilfeleistung abgegangen. Die Rettungsarbeiten müssen wegen der andauernden Lawinengefahr vorsichtig betrieben werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs,** für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher,** beide in Bielefeld.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Bekanntmachung!

Das Konkurslager

der Firma

van den Hoff, Rheydt, welche nur kurze Zeit bestanden hat

bestehend aus

mehreren **1000** Piecen feinster und bester

Herren- und Knaben-Konfektion

gelangt von **Dienstag, den 9. d. Mts.** ab **Bahnhofstr. 19** (im Langendorfschen Lokal)

zu Schleuderpreisen zum Verkauf. 1379

Näheres Dienstag in dieser Zeitung. Näheres Dienstag in dieser Zeitung.

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Wir wollen aufs angenehmste unterhalten, belehren und amüsieren, dieser Parole bleiben wir auch mit dem neuen Programm getreu. 1378

Die Husaren in Moskau. Sehr interessante Reitkunststücke auf ebenem Terrain und über die schwierigsten Hindernisse.

Im Unglück vereint. In Kummer und Elend läßt ein Trunkenbold Weib und Kind zurück und wird erst nach längerer Zeit im Krankenhause mit den Seinen wieder vereint.

Poesie und Prosa. Ein Reisender, der in alten Ruinen echte Poesie sucht, wird in allen Fällen durch Alltagsprosa schwer enttäuscht.

Wie die Schildbürger auf die Adlerjagd gehen. Die Versuche der biederen Spießbürger, einen Adler zu erlegen, suchen ihresgleichen und rufen stürmischen Jubel hervor.

Hitze-Pulver. Lustige Bubenstreiche mit einem vom Vater erfundenen Präparat.

Im Mitternachts-Expreß. Zwei Angestellte betäuben und berauben ihren Chef im Expreßzuge. Der eine der Uebeltäter bereut und gesteht seine Tat und erlangt auch die Verzeihung des freundlichen Vorgesetzten.

Die Schwiegermutter hat ein gutes Herz. Durchaus nicht salonfähige Leute schleppt eine gutmütige Alte ihrem Schwiegersohn ins Haus und erzielt damit großartige Effekte.

Auf Wunsch, da man es garnicht oft genug hören kann:

Ringelreihen-Parodie. Das beste derzeitige Tonbild.

Einen Gardinen-Verkauf beginnend morgen früh 9 Uhr

veranstalten wir in einem Umfange, wie wir solchen schon lange Zeit nicht haben in die Wege leiten können. Es haben nämlich mehrere Einkäufer unserer Firma und unserer Schwesterfirmen in Gardinenindustrie-Bezirke

für ca. 75000 Mk. Gardinen u. andere Artikel

zu derartig **fabelhaft billigen Preisen** erstanden, dass wir allem die Spitze bieten.

Verkauf II. Etage. — Nachfolgend ein Teil dieser Artikel: — Verkauf II. Etage.

Ca. 1000 Fenster Englisch Tüll-Gardinen:

Serie I, 2 Flügel	Serie II, 2 Flügel	Serie III, 2 Flügel	Serie IV, 2 Flügel	Serie V, 2 Flügel
2.75	4.85	6.75	7.75	9.75

Ganzer Lagerbestand
crême Kongress-Vitragenstoff
darunter außerordentlich wertvolle Qualitäten.
Serie I Meter 15 ₰ — Serie II Meter 30 ₰

Breite engl. Tüll-Gardinen
— darunter die wertvollsten Sachen. —

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Mtr. 25 ₰	Mtr. 48 ₰	Mtr. 68 ₰	Mtr. 95 ₰	Mtr. 1.25

110 cm breit
uni u. gestreift Kongress-Stoff
Der ganze Lagerbestand eines ersten Fabrikanten, in denkbar besten Qualitäten
Einheitspreis Meter 48 ₰

Seltene Gelegenheit!
40 Band-Bettdecken
vollständig, 2bettig, mit reicher Bandarbeit
Auffallend billig, per Stück 9.75

Noch nie geboten!
Zurückgesetzte Band-Gardinen
darunter die wertvollsten Sachen.
Fenster = 2 Flügel Einheitspreis 9.75

Seltene Gelegenheit!
Einzelne Band-Stores
teils angestaubt, hochelegante Sachen.
Gelegenheitskauf 4.75

Ca. 1000 Meter
Ia. Erbstüll-Blenden
nur breite, solide Ware mit Volant
zum Aussuchen per Meter 68 und 95 ₰

Großer Posten
Brises-bises
aus solider, engl. Tüllware mit Bandeinfassung
Stück 18 ₰

Ca. 1000
Relief-Tüll-Brises-bises
in wunderbaren Dessins
48 ₰ 57 ₰ 68 ₰

Ca. 5000 Meter
Köper-Spachtel-Borden
in prachtvollen Mustern, reich gespachtelt, bis 40 cm breit.
Serie I Meter 25 ₰ — Serie II Meter 39 ₰ — Serie III Meter 48 ₰ — Serie IV Meter 78 ₰

Ca. 1000
Band-Brise-bises
aus Ia. Erbstüll
57, 78 ₰, 1.00

Häkel-Kommodedecken
70×100 cm groß
zum Aussuchen Stück 78 ₰

Posten
Köper-Spachtel-Rouleaux
mit reicher Applikation, 80 cm breit, 100 cm lang.
Fenster 2 Flügel — Serie I 1.45 — Serie II 2.90

Halbtuch-Tisch-Decken
mit reicher Stickerei, in bordeaux und oliv
140×140 cm groß.
Zum Aussuchen Stück 85 ₰

Posten elegante
Tuch-Tischdecken
mit reicher Applikation.
Ser. I 2.90 — Ser. II 4.75 — Ser. III 6.75

Ca. 100 Meter **Scheibengardinen**
aus prima engl. Tüll, darunter feine Relief-Qualitäten, an beiden Seiten mit Band eingefaßt
Zum Aussuchen 18 ₰, 30 ₰, 48 ₰

Einzelne
Rouleaux-Schals
reich gespachtelt
80×200 cm groß
weil einzeln, jeder Schal 85 ₰

Grüne
Plüschtischdecken
mit reicher Stickerei, schwere Qualität, weil nur in grün.
Zum Aussuchen Stück 4.50

Noch nie gebotene Gelegenheit!
Zurückgesetzte Fenster- u. Türdekorationen
prima Tuch- und Plüsch-Qualitäten, bestehend aus 2 Schals und 1 Lambrequin.
Serie I Dekoration 6.75 — Serie II Dekoration 9.50 — Serie III Dekoration 12.50

Komplette
Zug-Einrichtungen
aus Holz 30 ₰ — aus Eisen 68 ₰

Ca. 300
Gardinen-Reste
breite prima Qualität
38 und 57 ₰

Ca. 1000 Meter
crême Rouleaux-Köper
80 cm breit.
Ausnahmepreis. Meter 33 ₰

Gelegenheitskauf!
Lagerbestand feiner
Plüschtischdecken
in allen Farben
Stück 6.90 — Stück 9.75

Posten zurückgesetzter
Scheiben-Kongress-Stoff
prima Qualität.
Meter 20 ₰
So lange Vorrat!

Rouleaux-Köper
Ia. Qualität — crême und weiß
100 cm breit 68 ₰ — 110 cm breit 78 ₰ — 120 cm breit 88 ₰

Altgold-Rouleaux Köper mercerisiert Meter 68 ₰
Altgold-Rouleaux Damast Meter 75 ₰
Altgold-Rouleaux Damast 130 cm breit Meter 1.25

Ca. 1000 Meter
Tuch-Gallerie-Borden
in vornehmster Ausführung, Lagerbestand eines ersten Fabrikanten.
Serie I Meter 29 ₰ — Serie II Meter 68 ₰ — Serie III Meter 95 ₰

Seltene Gelegenheit!
Posten Reste **Leinen-Gallerieborden**
mit reicher Applikation
Serie I Rest 25 ₰ — Serie II Rest 48 ₰ — Serie III Rest 75 ₰

S. Alsberg & Co.

1980

Deutscher
(Eigen
221. Sitzung vom 6.
Am Bundesratstisch: K
Die zweite Beratung des
„Staatssekretär" fortg
Abg. Zubeil (Soz.): Di
fort der Marineverwaltung
beim Verkauf von Altmateria
ändern, und es nicht wie bis
geben. In dieser Beziehung
hörde nicht als mustergiltig,
gelten. — Die gehobenen St
nach Maßgabe bestandener P
nach Empfehlungen der Vorge
system blüht das Schikanieren
Unterbeamten weit mehr den
paßt werden, aus welchen die
den ihnen aber die verzwickte
behörde sollte Unterrichtskurs
um den mangelhaften Schul
richtig! b. d. Soz.) Es könnte
zu diesem Zwecke gewährt
Zwecken scheint es bisweilen
mangeln. Auf Postamt 68
Traktätchen verteilt, für we
5 Pfg. bezahlen müssen. Die
seine Predigten, die er in ver
vorzubereiten. Man hat ihm
Nachmittag eingeräumt. (Hör
Jahre bekam er sogar vier
Grabe in Jerusalem beten z
Wie kommt der Postdirektor
Dienstfreiheit zu gewähren.
eines Uebermaßes an Huma
sich nervenkrank meldete, ha
mußte Dienst tun und ist dan
lager gestorben. Auch sonst
vielem, nicht einmal Sitzgele
wenn sie ihr mitgebrachtes
Direktor im Postamt 11 ist
Unterbeamten, wenn sie sich
beschuldigen. (Hört, hört!
Postillone benutzt werden, ist
August nach seiner Heirat in
lone während eines dienstfr
schöne Lied einzuüben: „Wi
(Stürm. Hkt.) Die Unsitte,
freien Tagen privatim zu b
breitet. An einem Sonntag
beamten in voller Uniform
diese Zeit Briefe bestellt wer
um Einladungen zur Kirche
Kreh übergeben seien. Das
Beamten. (Lebh. Zust. b. d.
will nun die Portofreiheit d
der Fürsten ihrer Gemahli
Diese Resolution genügt uns
des ganzen Privilegs. (Zu
gegen alle diese Mißbräuche,
bringen könnte. Vor allem a
beamten weiter so behandelt
direktors Wegner geschieht.
Abg. Linz (Rp.): Ich
vielen Gebieten folgen, die er
bei den Soz.) Der neuen
wir nicht zustimmen, was i
Fraktionsredner zu diesem E
habe. (Lebh. Hört, hört!) De
aber die Fassung der Vorla
größeren und mittleren St
links.) Es wird sich wieder
kehr nicht ungestraft belasten
gehen indes nicht so weit, di
zeichnen, wie das Herr Si
ständigung nicht für ausgesch

Oliv
Von Cha
Aus dem Englische
68
Frau Bumble entfernte
sich geschlossen hatte, erklärt
und sich davon nicht hätte zu
„Das ist keine Entschuld
waren gegenwärtig bei dem
der noch schuldigere Teil, da
Ihrer Leitung handelt."
„Wenn das Gesetz so la
pathetisch zusammendrückend,
pinsel. Wenn es so kurzsicht
und ich wünsche ihm das A
Augen durch Erfahrung geöf
fahrung!"
Er folgte nach diesen
zweifelter Resignation, und
„Mein liebes Fräulein, r
Sie nicht; Sie können die
sagen haben, ohne Furcht h
„Ich weiß nicht, ob sie
Rose, „aber wenn — wenn
mich ein andermal hören.
„Sie sind stärker, als Si
ich weiß es. Kennen Sie
Monks bejahte.
„Ich sah Sie nie," sagte
„Ich habe Sie oft gesehe
„Der unglücklichen Agne
Brownlow ein. „Was war
jüngsten?"
„Als ihr Vater starb," an
Orte, unter angenommenem
lassen, was zur Auffindun
können, nahmen arme Leute
Haß spürt nicht selten auf
Meine Mutter fand das
waren arm und fingen an,
zu werden. Zum wenigsten
Meine Mutter ließ ihnen
unbedeutendes Geschenk an
aber nie zu schicken gedachte
der Leute verbießen, daß d
würde, schienen meiner Mut
Sie erzählte ihnen daher die
messenen Veränderungen u
Kind sorgfältig achten, denn

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 56. Bielefeld, Montag, 8. März 1909. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

221. Sitzung vom 6. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Krätke.

Die zweite Beratung des Post-Etats wird beim Titel „Staatssekretär" fortgesetzt.

Abg. Zubeil (Soz.): Die skandalösen Unterschleife im Ressort der Marineverwaltung sollten die Postbehörde veranlassen, beim Verkauf von Altmaterial ihre Submissionsbedingungen zu ändern, und es nicht wie bisher nur an 10—11 Firmen zu vergeben. In dieser Beziehung kann das Verfahren der Postbehörde nicht als mustergiltig, sondern als abschreckendes Beispiel gelten. — Die gehobenen Stellen der Unterbeamten sollten nur nach Maßgabe bestandener Prüfung vergeben werden, nicht aber nach Empfehlungen der Vorgesetzten. Durch dieses Empfehlungssystem blüht das Schikanieren. Auch sollten die Prüfungen der Unterbeamten weit mehr den schlechten Schulverhältnissen angepaßt werden, aus welchen diese Beamten hervorgehen. Es werden ihnen aber die verzwicktesten Fragen vorgelegt. Die Postbehörde sollte Unterrichtskurse für die Unterbeamten einführen, um den mangelhaften Schulkenntnissen nachzuhelfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es könnten dienstfreie Vor- und Nachmittage zu diesem Zwecke gewährt werden. Allerdings, zu anderen Zwecken scheint es bisweilen am Entgegenkommen nicht zu ermangeln. Auf Postamt 68 z. B. ist ein Assistent Scherer, der Traktätchen verteilt, für welche die Unterbeamten per Stück 5 Pfg. bezahlen müssen. Diesem gibt man Zeit genug, sich auf seine Predigten, die er in verschiedenen Stadtteilen gehalten hat, vorzubereiten. Man hat ihm mehrfach einen halben Vor- oder Nachmittag eingeräumt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ja, im vorigen Jahre bekam er sogar vier Wochen Urlaub, um am heiligen Grabe in Jerusalem beten zu können. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie kommt der Postdirektor Wegner dazu, zu solchen Zwecken Dienstfreiheit zu gewähren. Sonst ist Herr Wegner nicht wegen eines Uebermaßes an Humanität berühmt. Als ein Beamter sich nervenkrank meldete, hat er ihn verspottet. Der Mann mußte Dienst tun und ist dann nach zehnwöchentlichem Krankenlager gestorben. Auch sonst fehlt es auf dem Postamt 68 an vielem, nicht einmal Sitzgelegenheiten sind für die Beamten da, wenn sie ihr mitgebrachtes Essen verzehren wollen. Auch der Direktor im Postamt 11 ist stets bei der Hand, alte verdiente Unterbeamten, wenn sie sich krank melden, der Verstellung zu beschuldigen. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Wozu alles unsere Postillone benutzt werden, ist manchmal merkwürdig. Als Prinz August nach seiner Heirat in Berlin einzog, wurden 40 Postillone während eines dienstfreien Nachmittags gezwungen, das schöne Lied einzuüben: „Wir winden dir den Jungfernkranz." (Stürm. Hkt.) Die Unsitte, Postillone an den wenigen dienstfreien Tagen privatim zu beschäftigen, ist überhaupt weit verbreitet. An einem Sonntag nachmittag traf ich einen Unterbeamten in voller Uniform und als ich ihn fragte, ob denn um diese Zeit Briefe bestellt werden, erklärte er mir, es handle sich um Einladungen zur Kirchenwahl, die ihm von Herrn Pastor Kreb übergeben seien. Das ist ein unerhörter Mißbrauch von Beamten. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — Eine freisinnige Resolution will nun die Portofreiheit der Fürsten für die Briefsendungen der Fürsten ihrer Gemahlinnen und Witwen bestehen lassen. Diese Resolution genügt uns nicht. Wir wünschen Abschaffung des ganzen Privilegs. (Zust. b. d. Soz.) — Wir protestieren gegen alle diese Mißbräuche, von denen ich noch eine Unzahl vorbringen könnte. Vor allem aber protestieren wir, daß die Unterbeamten weiter so behandelt werden, wie es seitens des Postdirektors Wegner geschieht. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Linz (Rp.): Ich will dem Vorredner nicht auf die vielen Gebiete folgen, die er berührt hat. (Beifall rechts, Lachen bei den Soz.) Der neuen Telephongebührenordnung können wir nicht zustimmen, was ich im Gegensatz zu unserem ersten Fraktionsredner zu diesem Etat (Schmidt-Altenburg) zu erklären habe. (Lebh. Hört, hört!) Der jetzige Zustand ist reformbedürftig, aber die Fassung der Vorlage ist als eine Benachteiligung der größeren und mittleren Städte zu bezeichnen. (Sehr richtig! links.) Es wird sich wieder zeigen, daß man Handel und Verkehr nicht ungestraft belasten kann. (Sehr richtig! links.) Wir gehen indes nicht so weit, die Vorlage als eine agrarische zu bezeichnen, wie das Herr Singer getan, und halten eine Verständigung nicht für ausgeschlossen.

Staatssekretär Krätke: Die Frage der Portofreiheit der Landesfürsten bitte ich recht ruhig zu verhandeln. Es ist noch nie etwas vorgekommen, was Anlaß zu einer Aenderung geben könnte. Es handelt sich hier um ideelle Dinge, um Ehrenrechte. — Redner sagt Abstellung von Mißständen zu.

Abg. Herzog (W. Vg.): An Ehrenrechten der Fürsten wollen wir nicht rütteln. Doch sind wir nicht abgeneigt, zu prüfen, ob nicht Mißbrauch ohne Vorwissen der Fürsten getrieben wird. Die Telephongebührenordnung zeigt das Bestreben nach gerechterer Verteilung der Lasten. Die Einzelbezahlung ist eben gerechter als das Pauschsystem. Wir wünschen die Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Kommission. (Bravo! b. d. W. Vg.)

Abg. Oriola (natl.): Die Vorlage ist nicht agrarisch. Im Gegenteil. Sie kommt den Wünschen der Landwirtschaft nicht voll entgegen. Auch gibt es ja auf dem Lande nicht nur Landwirte, sondern auch viele Aerzte, Müller, Gewerbetreibende usw. (Sehr richtig! rechts u. b. d. Natl.) Es ist zu hoffen, daß die Kommission einen gerechten Ausgleich der Interessen von Stadt und Land findet. (Beifall b. d. Natl. u. rechts.)

Staatssekretär Krätke: Herr Zubeil hat zwei Berliner Postdirektoren, namentlich Herrn Wegner, auf das schärfste angegriffen. Herr Wegner ist ein tüchtiger, fleißiger, humaner Beamter. Ich protestiere gegen die vorgebrachten Beleidigungen des Herrn Zubeil. Er hätte seine Beschwerden der Reichspostverwaltung mitteilen sollen. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.) erklärt sich namens einer Mehrheit der Konservativen gegen die Telephongebührenordnung. Der Entwurf schädigt den Mittelstand. (Hört, hört! links.)

Abg. Hamecher (Ztr.): Was Postbeamte in ihrer freien Zeit tun, ob sie religiöse Uebungen veranstalten, das ist nicht Sache des Herrn Zubeil. Daß hierzu Diensterleichterungen gewährt sind, ist nicht anzunehmen. Einverstanden bin ich mit Herrn Zubeil darin, daß die Postverwaltung fachliche Unterrichtskurse einrichten sollte. — Redner bittet, daß jedem Beamten von Eintragungen in die Personalakten Kenntnis gegeben wird. — Geschieht das nicht, so geht dem Beamten das Recht der Verteidigung bei Disziplinarverfahren verloren. Die Geheimnistuerei mit den Personalakten ist verderblich, eine entsprechende Resolution werden wir einbringen. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. Gothein (Fr. Vg.): Der angekündigten Resolution werden meine Freunde zustimmen. Gegen die gestrige Antwort des Staatssekretärs an meinen Freund Struve, die sehr wenig sachlich und persönlich verletzend war, muß ein jeder von uns als Abgeordneter, ganz abgesehen von der Parteistellung, Verwahrung einlegen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Krätke: Ich sagte schon gestern, man kann einmal ein Wort gebrauchen, das man nachher bedauert. Der Angriff ist nicht von mir, sondern vom Abg. Struve ausgegangen, welcher von der Reichspostverwaltung sagte, sie habe falsches Material zusammengetragen und dem Hause vorgelegt. Da sage ich noch einmal, davon versteht der Abgeordnete nichts. (Bravo! rechts.)

Der Titel wird bewilligt. Die Fernsprechgebührenordnung geht an die Budgetkommission. Beim Titel „Geheime expedierende Sekretäre, Kalkulatoren usw." bittet

Abg. Erzberger (Ztr.), der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß die Bureaubeamten nicht sechs, sondern acht Stunden durchschnittlich arbeiten.

Staatssekretär Krätke: Das geht nicht. Die Herren tun geistige Arbeit, die nicht nur im Bureau, sondern auch zu Hause geleistet wird.

Der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Titel debattelos. Beim Titel „Oberpostinspektoren" beantragt

Abg. Beck-Heidelberg (natl.) die Wiederherstellung der vier von der Kommission gestrichenen Oberpostinspektoren.

Abg. Erzberger (Ztr.) verteidigt den einstimmig gefaßten (Hört, hört!) Kommissionsbeschluß und bedauert, daß gerade der Berichterstatter, allerdings als Abgeordneter, die Umwerfung des Beschlusses beantragt. Redner beantragt wegen der schlechten Besetzung des Hauses Verschiebung der Abstimmung. — Was helfen die schönen Sparsamkeitsreden des Reichskanzlers, wenn ihnen nicht nachgelebt wird. (Lebh. Beifall i. Ztr.)

Die Abstimmung wird verschoben. Ein konservativ-nationalliberaler Antrag bezweckt Wiederherstellung der sieben von der Kommission gestrichenen Vorsteher erster Klasse.

Abg. Erzberger (Ztr.) bekämpft auch diesen Antrag und verlangt Verschiebung der Abstimmung. Er müsse sonst namentliche Abstimmung beantragen.

Abg. Beck (natl.) spricht für Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Emmel (Soz.) stimmt dem Abg. Erzberger zu und macht darauf aufmerksam, daß beim nächsten Titel die Budgetkommission die Zahl der Postinspektoren und der Postämter zweiter Klasse vermehrt hat. Man könne doch nicht hier die Regierungsvorlage wiederherstellen und beim nächsten Titel den Antrag der Budgetkommission, weil dann ja mehr bewilligt werde, als die Regierung verlangt habe. Es müsse daher auch die Abstimmung über den folgenden Titel ausgesetzt werden.

Abg. Erzberger (Ztr.): Eigentümlicherweise hat ein Mitglied meiner Partei schon vor zwei Tagen aus dem Reichspostamt einen Brief erhalten, der Abg. Beck werde die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragen. Das Zentrum möge doch zustimmen. (Hört, hört!) In der Kommission tritt Herr Beck mit uns für Streichung von Aemtern erster Klasse ein, hier für ihre Vermehrung. Das ist doch nicht logisch. (Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Aber nationalliberal! Gr. Hkt.)

Die Abstimmung über beide Titel wird ausgesetzt. Eine Reihe weiterer Titel wird debattelos bewilligt. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr, nachher Weingesetz.

Schluß 7 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom Sonnabend, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung wird fortgesetzt beim Titel Ministergehalt.

Abg. Malkewitz (kons.): Zur Beurteilung unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage hat die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht" einen Artikel von Calwer wiedergegeben, der von sehr erheblicher Bedeutung ist. Er weist darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht so ungünstig ist, wie in England und Amerika, und erklärt dies durch Abweichungen entweder in der wirtschaftlichen Verfassung oder der Methode der privaten Wirtschaftsführung. In Amerika sei die soziale Rücksichtslosigkeit Trumpf und verschulde die Heftigkeit des wirtschaftlichen Rückschlages, in England aber hätten die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse darin ihren Grund, daß es an einem starken inneren, auf einer breiten Landwirtschaft basierenden Markte fehle. (Hört, hört! rechts.) Eine bessere Rechtfertigung unserer Wirtschaftspolitik können wir uns nicht wünschen. (Sehr wahr! rechts.) Die Belastung unserer Arbeitgeber durch die Sozialpolitik nimmt immer mehr zu. Ich erinnere an die geplante Witwen- und Waisenversorgung, an die Reform der Krankenversicherung, durch welche auch die Arbeitgeber ziemlich stark belastet werden sollen. Mit dieser fortgesetzten Belastung der Arbeitgeber muß endlich einmal Halt gemacht werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Von vornherein müssen wir entschieden Protest einlegen gegen die neuen Bestrebungen, besondere sozialpolitische Organisationen innerhalb der einzelnen Kreise zu errichten. Das ist ein gewagtes Experiment, vor dem wir auf das ernsteste warnen. Vor allem leiden die Handwerker unter dieser Belastung. Dabei werden die Handwerkskammern nicht einmal bei gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete befragt. (Hört, hört! rechts.) Die Bäckereiverordnung sollte möglichst milde ausgeführt werden, sonst müßten eine große Reihe von Bäckereien geschlossen werden. (Sehr richtig! rechts.) Redner tritt des weiteren für bessere Berücksichtigung des Handwerks bei staatlichen Lieferungen ein. Wenn der Herr Minister weiter, wie bisher, den Wünschen des Handwerks entgegenkommt, wird er uns bis zum letzten Mann auf seiner Seite sehen. (Bravo! rechts)

Abg. Trimborn (Ztr.): Gewiß müssen die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung möglichst gleichmäßig verteilt werden, aber Geld kostet jede Sozialpolitik. Von den düsteren Prophezeiungen über die angeblich schädliche Wirkung unserer Sozialpolitik auf die Industrie ist nichts eingetroffen, im Gegenteil, unsere Industrie ist erstarkt. (Sehr richtig! im Ztr.) Bei Gelegenheit der Arbeitslosendebatten habe ich behauptet, daß unsere wirtschaftliche Depression gemildert worden wäre durch unsere Schutzzollpolitik. Ich bin deswegen hier und im Reichstag, dort insbesondere auch von Herrn Kaempf, scharf angegriffen worden.

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

68

Frau Bumble entfernte sich, und sobald sie die Tür hinter sich geschlossen hatte, erklärte ihr Eheherr, daß sie alles getan und sich davon nicht hätte zurückhalten lassen wollen.

„Das ist keine Entschuldigung," sagte Brownlow. „Sie waren gegenwärtig bei dem Verkaufe und sind vor dem Gesetze der noch schuldigere Teil, da Ihre Frau gemäß demselben unter Ihrer Leitung handelt."

„Wenn das Gesetz so lautet," sagte Bumble, seinen Hut pathetisch zusammendrückend, „so ist es ein Esel — ein Einfaltspinsel. Wenn es so kurzsichtig ist, so ist's ein bloßer Junggesell, und ich wünsche ihm das Allerärgste — nämlich, daß ihm die Augen durch Erfahrung geöffnet werden mögen — ja, durch Erfahrung!"

Er folgte nach diesen Worten seiner Ehehälfte mit verzweifelter Resignation, und Brownlow wandte sich zu Rose.

„Mein liebes Fräulein, reichen Sie mir Ihre Hand. Zittern Sie nicht; Sie können die wenigen Worte, welche wir noch zu sagen haben, ohne Furcht hören."

„Ich weiß nicht, ob sie Bezug auf mich haben können," sagte Rose, „aber wenn — wenn es der Fall ist, so lassen Sie sie mich ein andermal hören. Ich habe jetzt nicht die Kraft dazu."

„Sie sind stärker, als Sie glauben," wandte Brownlow ein; „ich weiß es. Kennen Sie diese junge Dame, Sir?"

Monks bejahte.

„Ich sah Sie nie," sagte Rose mit bebender Stimme.

„Ich habe Sie oft gesehen," versetzte Monks.

„Der unglücklichen Agnes Vater hatte zwei Töchter," fiel Brownlow ein. „Was war das Schicksal der anderen — der jüngsten?"

„Als ihr Vater starb," antwortete Monks, „an einem fremden Orte, unter angenommenem Namen, ohne das mindeste zu hinterlassen, was zur Auffindung ihrer Verwandten hätte führen können, nahmen arme Leute sie zu sich und erzogen sie. Der Haß spürt nicht selten auf, was der Liebe verborgen bleibt. Meine Mutter fand das Kind nach Jahresfrist. Die Leute waren arm und fingen an, ihrer aufopfernden Großmut müde zu werden. Zum wenigsten war es bei dem Manne der Fall. Meine Mutter ließ ihnen das Mädchen daher, gab ihnen ein unbedeutendes Geschenk an Geld und versprach mehr, was sie aber nie zu schicken gedachte. Die Armut und Unzufriedenheit der Leute verhießen, daß das Kind unglücklich genug werden würde, schienen meiner Mutter indes noch nicht ganz zu genügen. Sie erzählte ihnen daher die Geschichte der Schwester mit angemessenen Veränderungen und sagte ihnen, sie möchten auf das Kind sorgfältig achten, denn es stamme von bösem Blute her, wäre unehelich geboren und würde früher oder später auf üble Wege geraten. Die Umstände schienen das alles zu bestätigen, die Leute glaubten es und behandelten das Kind so hart, wie wir es nur wünschen konnten, bis der Zufall wollte, daß eine damals in Chester wohnende verwitwete Dame aus Mitleid es mit sich fortnahm. Es war, als wenn ein Höllenspuk uns genarrt hätte, denn trotz all unserer Anstrengungen blieb des alten Fleming Tochter bei der Dame und war glücklich; ich verlor sie vor ein paar Jahren aus den Augen und sah sie erst vor wenigen Monaten wieder."

„Sehen Sie die junge Dame jetzt?"

„Ja — sie lehnt an Ihrem Arme."

Rose war einer Ohnmacht nahe. Mrs. Maylie schloß sie in ihre Arme und rief aus: „Du bist und bleibst meine liebe Nichte — mein über alles teures Kind. Ich möchte dich um alle Schätze der Welt nicht verlieren."

„Sie sind die einzige Freundin, die ich jemals hatte," schluchzte Rose, „sind mir stets die liebreichste, beste Mutter gewesen. O wie soll ich dieses alles ertragen!"

„Du hast mehr erduldet und hast dich unter jeglichem Leid als das beste, herrlichste Mädchen gezeigt und von jeher alle froh und glücklich gemacht, die dich kannten. Aber schau' hier, wer es ist, der sich sehnt, dich in die Arme zu schließen."

„O, ich werde Sie niemals Tante nennen," rief Oliver. „Meine Schwester, meine liebe Schwester. Es war etwas in meinem Herzen, das mich von Anfang trieb, Sie so innig zu lieben. O Rose, meine beste Rose!"

Mögen die Tränen, welche geweint, die abgebrochenen Worte, die in der Umarmung der beiden Waisen gewechselt wurden, geheiligt sein! Ein Vater, eine Schwester und Mutter waren in demselben Augenblick gewonnen und verloren; Freude und Schmerz gemischt in der Schale; doch war keine Zähre eine bittere, denn auch der Schmerz war so gemildert, und so süße, wonnige Gedanken gesellten sich ihm, daß er in eine hohe Freude verwandelt wurde und ganz seinen Stachel verlor.

Sie waren eine lange, lange Zeit allein. Endlich wurde leise geklopft, Oliver öffnete die Tür, schlich hinaus und Harry Maylie stand im Zimmer.

„Ich weiß alles," sagte er, nehmen der lieblichen Jungfrau Platz nehmend. „Teuere Rose, ich weiß alles, — wußte es gestern schon — und komme, dich an ein Versprechen zu erinnern. Du gabst mir die Erlaubnis, jederzeit innerhalb eines Jahres auf den Gegenstand unserer letzten Unterredung zurückzukommen — nicht in dich zu dringen, deinen Entschluß zu ändern, dich ihn wiederholen hören, wenn du wolltest. Ich sollte dir zu Füßen legen dürfen, was ich besäße, nur ohne den Versuch zu machen, wenn du bei deinem Entschlusse beharrtest, ihm untreu zu werden."

„Dieselben Gründe, welche mich damals bestimmten, bestimmen mich noch jetzt," erwiderte Rose mit Festigkeit. „In welchem Augenblicke könnte ich lebhafter empfinden, was ich der edlen Frau schuldig bin, die mich von meinem leiden- und vielleicht schmachvollen Leben errettet hat? Ich habe einen Kampf zu kämpfen, bin aber stolz darauf, ihn zu bestehen; er ist ein schmerzlicher, aber mein Herz wird nicht erliegen."

„Die Enthüllungen dieses Abends —"

„Lassen mich in bezug auf dich in derselben Lage."

„Du verhärtest dein Herz gegen mich, Rose."

„O Harry, Harry," sagte Rose, in Tränen ausbrechend, „ich wollte, daß ich es könnte, um mir diese Pein zu ersparen."

„Warum aber fügst du sie dir selber zu?" entgegnete Harry, ihre Hand ergreifend. „Denk' doch an das, was du heute abend vernommen, Rose!"

„Ach, was habe ich vernommen! Daß mein Vater den ihm zugefügten Schimpf tief genug empfand, um sich in gänzliche Verborgenheit zurückzuziehen — o Harry, wir haben genug gesagt."

„Noch nicht, noch nicht," rief er, die Aufstehende zurückhaltend. „Meine Hoffnungen, Wünsche, Entwürfe, Gefühle — alles in mir ist anders geworden, nur meine Liebe nicht. Ich biete dir jetzt keine Auszeichnung, keine glänzende Stellung mehr in einer verkehrten, trugvollen Welt, in welcher alles beschimpft, nur das wahrhaft Schandbare nicht; nein, nur einen stillen, bescheidenen häuslichen Herd, liebste Rose, mehr habe ich nicht zu bieten."

„Was willst du damit sagen?" stammelte die junge Dame.

„Als ich das letzte Mal von dir schied, verließ ich dich mit dem festen Entschlusse, alle eingebildeten Schranken zwischen dir und mir niederzureißen — deine Welt zur meinigen zu machen, wenn die meinige nicht die deine sein könnte — und dem Geburtsstolze den Rücken zu wenden, damit er nicht hochmütig auf dich herabzuschauen vermöchte. Ich habe es getan. Die mich an sich zogen, entfernten sich von mir — die mich anlächelten, zeigen mir frostige Mienen. Wohl! es gibt lachende Gefilde und schattige Bäume in Englands schönster Grafschaft, dort neben einer Dorfkirche — der meinigen, Rose, steht ein ländliches Haus, auf das du mich stolzer machen kannst, als es alle die Hoffnungen und Aussichten vermögen, denen ich entsagt habe, entsagt haben würde, und wenn sie noch tausendmal lockender gewesen wären. Das ist jetzt mein Besitztum und mein Stand, meine Stellung in der Welt — und ich lege alles vor dir nieder."

* * *

's ist 'ne Geduldsprobe, mit dem Abendessen auf Verliebte zu warten," sagte Grimwig, aus einem Schläfchen erwachend.

Die Wahrheit zu sagen, das Abendessen ließ ungebührlich lange auf sich warten, und weder Mrs. Maylie noch Harry oder Rose (die zugleich erschienen) wußten auch nur ein Wort zur Entschuldigung zu sagen.

„Ich dachte ernstlich daran, heute abend meinen Kopf aufzuessen," sagte Grimwig, „denn ich fing an zu glauben, daß ich weiter nichts bekommen würde. Wenn Sie erlauben, so nehme ich mir die Freiheit, die angehende Braut zu küssen."

Es wurde behauptet, daß der deutsche Export durch die Schutzzollpolitik wesentlich erschwert worden sei. Richtig ist, daß die wirtschaftliche Depression auch ihren Ausdruck gefunden hat in den Zahlen der deutschen Ausfuhr. Einzelne Gruppen, wie z. B. Lederwaren, Bücher, Bilder, Eisen, Eisenwaren, weisen aber auch eine Erhöhung der Ausfuhrziffer auf. (Hört, hört! im Ztr.) Vor allem hatte die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1908 eine Mehrausfuhr von 86½ Millionen Mark gegenüber 1907. (Hört, hört! rechts.) Die Gesamtausfuhr hat nur um 1,42 Prozent abgenommen. Eine Schädigung ganzer Industrien ist statistisch nicht zu beweisen. Dagegen beweist die Statistik, wie wertvoll unsere Handelsverträge auf Grund des Zolltarifs gerade 1908 für unsere Ausfuhr gewesen sind. (Bravo! im Ztr.)

Abg. Schroeder-Kassel (natl.) erkundigt sich nach dem Schicksal des preußischen Wohnungsgesetzes. Von der sogenannten Vereinfachung der Versicherungs-Gesetzgebung hat man eine Ersparnis erwartet und hat sogar schon daran gedacht, diese Ersparnisse zur Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersgrenze zu verwenden. Ich glaube, daß diese Berechnungen trügerisch sind. Die Vereinfachung wird eher eine Verteuerung mit sich bringen. (Hört, hört!) Durch die Aufnahme der Witwen- und Waisenversicherung werden die Kosten der Invalidenversicherung durchschnittlich um 1 Prozent erhöht werden. Trotzdem halte ich es für notwendig, daß diese Versicherung, die den Schlußstein der sozialpolitischen Gesetzgebung bilden soll, durchgeführt wird. Den Klagen des Herrn Malkewitz über mangelnde Berücksichtigung des Handwerks bei öffentlichen Lieferungen kann ich mich anschließen. Redner wendet sich des weiteren gegen das Verbot der Beamtenkonsumvereine und empfiehlt größere Förderung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens.

Abg. Eckert (freikons.) klagt ebenfalls über starke Belastung des Mittelstandes und der kleinen Handwerker durch die soziale Gesetzgebung und Zurücksetzung des Handwerks bei Lieferungen.

Abg. Dr. Crüger (Fr. Vp.): Die Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung des inneren Marktes bestreitet niemand, aber unsere Industrie ist auch auf den Export angewiesen. (Sehr richtig, links.) Es war interessant, daß Herr Trimborn sich veranlaßt fühlte, so dringend für die Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik, die ja von ihm mitgemacht worden ist, einzutreten, obwohl diese Politik doch nun für eine ganze Reihe von Jahren durch die Handelsverträge gesichert ist. — Wer ernsthafte Sozialpolitik treiben will, sollte nicht immer die Lasten andern aufbürden wollen. (Zuruf rechts: Der Allgemeinheit!) Diese Allgemeinheit ist doch nichts anderes als die Schultern der breiten Massen, die dann mit neuen Steuern belastet werden müßten. Die Lage des Mittelstandes hat sich nach den Resultaten der neuen Berufszählung gebessert. Zurückgegangen sind nur die Einzelbetriebe, d. h. die Leute, die sich ohne Sachkenntnis und Betriebskapital in das Gewerbe hineingestürzt haben. Von einem Haltmachen in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. (Bravo! links.) Eine solche Forderung kann wohl nur im preußischen Abgeordnetenhause erhoben werden. (Sehr richtig! links.) Redner wünscht schließlich die Schaffung einer Auskunftsstelle über technische Handwerkerfragen.

Abg. Korfanty (Pole) führt Beschwerde darüber, daß polnische Handwerker von den Behörden und den Ostmarkenvereinen boykottiert werden. Bei den Rechtsauskunftsstellen sollte dafür gesorgt werden, daß die Auskunft auch in polnischer Sprache erteilt werden kann. Das Vertrauen der polnischen Arbeiter zu den Gewerbeinspektoren ist immer mehr im Sinken begriffen, weil diese nicht polnisch verstehen. Redner kritisiert des weiteren die zu geringen Bestrafungen der Arbeitgeber bei Uebertretungen der Vorschriften der Arbeiterschutzgesetzgebung und tritt für die Hinzuziehung von Arbeitern bei den Gewerbeinspektionen ein. Besonders schlimm sind die Zustände in den Blei- und Zinkhütten, dort wird jeder fünfte Arbeiter krank. (Hört, hört!) Daher ist auch die Hinzuziehung von unabhängigen Aerzten zur Gewerbeinspektion nötig. (Bravo! bei den Polen.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Malkewitz (persönl. Bem.) stellt gegenüber dem Abg. Crüger fest, daß er nicht ein Haltmachen in der Sozialpolitik verlangt habe, sondern ein Haltmachen in der Belastung der Arbeitgeber.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Wahlprüfungen, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 4¾ Uhr.

Parteinachrichten.

Verleumdungen durch die Gegner. Im ersten Prozeß klagte der Landtagsabgeordnete für Offenbach-Land, Genosse Orb, gegen den politischen Redakteur der reichsverbändlerischen „Offenbacher Zeitung", Graswurm, wegen Beleidigung. Vor der letzten Landtagswahl hatte die „Offenbacher Zeitung" Orb vorgeworfen, er habe sein Stadtverordnetenmandat benutzt, um politische Gegner, die als Arbeiter bei der Stadt beschäftigt waren, aus Lohn und Brot zu bringen. Die Beschuldigungen waren in Verbindung mit „Schamlosigkeit", „Nichtswürdigkeit" erhoben worden. In der Verhandlung wurde die absolute Grundlosigkeit der Anschuldigungen einwandfrei festgestellt, der „Wahrheitsbeweis" mißlang dem Herrn vollständig. Redakteur Graswurm wurde zu 300 Mk. Strafe, eventuell 50 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten, neben Publikationsbefugnis des Urteils verurteilt. — Die zweite Verhandlung endete zwar mit der moralischen Vernichtung des Klägers, aber trotzdem wurde der Redakteur unseres Offenbacher Parteiblattes wegen „formaler" Beleidigung zu 2 Wochen Haft verurteilt. Der Kläger „Reporter" Jakob Brand, ein verbummelter Kaufmann, der — obgleich Zentrumsmann — sich in Parteikreise drängte, sogar Mitglied der Sozialdemokratie wurde, spielte dabei eine wenig beneidenswerte Rolle. Er hatte sich dem sozialdemokratischen Wahlkomitee als „katholischer Arbeiter" angeboten, um für Ulrich zu agitieren, war aber abgewiesen worden. Um sich zu rächen, suchte er die Sozialdemokratie auf jede Art zu schädigen. Er ging zur Frau des früheren Gauleiters Knöchel der in der Klinik lag, stellte sich als Reporter vor und verlangte Antwort auf sechs über alle Maßen unverschämte Fragen. Die angeblichen Antworten veröffentlichte er. Unser Offenbacher Parteiblatt geißelte das nichtswürdige Verhalten Brands mit aller Schärfe. Brand stellte Strafantrag gegen den Verantwortlichen, den Genossen Hirsch. Im Termin stellte es sich heraus, daß die Frau dem Brand überhaupt keinerlei Mitteilung gemacht hatte. Brand hatte die Oeffentlichkeit einfach angelogen. Das Gericht konstatierte im Urteil das „nicht einwandfreie, Mangel an Taktgefühl zeigende Verhalten" des Brand, es attestierte dem Angeklagten politisch anständiges Verhalten, aber wegen der „vielen und schweren formalen Beleidigungen" müsse es doch auf eine Freiheitsstrafe erkennen und verurteilte ihn wie oben gesagt.

Vom Strafkonto der Presse. Der verantwortliche Redakteur des „Harburger Volksblattes", Genosse Zielke, wurde wegen angeblicher Beleidigung einiger Schutzleute in mehreren Fällen zu 130 Mk. Strafe verurteilt. In einem Falle erfolgte Freisprechung. Die Beweisaufnahme ergab zwar in allen Fällen die Richtigkeit des im „Volksblatt" Behaupteten, aber das Gericht legte auf die Aussage der Belastungszeugen, die zum Teil wegen derselben Sachen wegen Widerstandes und Aufruhrs bestraft worden waren, „keinen Wert".

Christliche Verleumder. Bei der Gemeindewahl in Hombruch bei Dortmund behauptete ein Zentrumsagitator im Wahllokal, die Sozialdemokraten hätten sich Vollmachten von Witwen, die als Hausbesitzerinnen nach der Westfälischen Landgemeindeordnung wahlberechtigt sind, erschwindelt. Vor Gericht leugnete der Christ, und obwohl ein anderer christlicher Kandidat schwor, eine solche Aeußerung sei nicht gefallen, kam das Gericht zu dem Resultat, daß der christliche Agitator die Verleumdung ausgesprochen habe. Das milde Urteil lautete auf 20 Mk. Geldstrafe.

Von den Anfängen des Sozialismus in Griechenland. Der 27. Februar war für den Sozialismus in Griechenland ein Tag des Triumphes. Der vor zwei Monaten in der griechischen Hauptstadt begründete sozialistische „Soziologische Verein" veranstaltete im Piräus seine erste öffentliche Volksversammlung, die einen glänzenden Verlauf nahm. Der Verein wählte zum Ort seines ersten öffentlichen Wirkens den Piräus, da diese Stadt eine größere Industrie und folglich auch ein zahlreicheres Proletariat besitzt als Athen. Am Morgen ließ der Verein Flugblätter verteilen, in denen zu der am Abend stattfindenden Versammlung eingeladen wurde. Leider war das Versammlungslokal viel zu klein, so daß viele umkehren mußten. Die anwesenden Proletarier lauschten den Worten der Redner sehr aufmerksam. Der Präsident des „Soziologischen Vereins" schilderte die Ursachen und die Ziele der europäischen Arbeiterbewegung, indem er ein Bild von der Entstehung des Eigentums und des Kapitals vom marxistischen Standpunkte aus gab. Die beiden anderen Redner, beide Privatdozenten an der Athener Universität, schilderten in lebhaften Farben die traurige Lage des griechischen Proletariats, indem sie darlegten, daß in Griechenland die Justiz, die öffentliche Sicherheit und Gesundheit, sowie die öffentliche Erziehung nur für die bemittelten Klassen existieren und empfahlen den Versammelten, sich in feste Organisationen zusammenzuschließen, deren Resultat dann die Gründung einer Arbeiterpartei sein würde, die dem Draufloswirtschaften der „persönlichen" Parteien des griechischen Parlaments bald ein Ziel setzen könnte. Das Ende jeder Rede wurde mit lebhaften Bravorufen und Beifallklatschen begleitet. Vor Beginn der Versammlung wurden unter die Anwesenden einige hundert Exemplare der sozialistischen „Zukunft", des Organs des „Soziologischen Vereins", verteilt. Die Regierung hatte ganz außergewöhnliche „Vorsichtsmaßregeln" getroffen. Fast die ganze Polizei der Stadt war in und vor das Versammlungslokal beordert, und in einer Vorstadt des Piräus waren 50 berittene Schutzleute, die die Regierung aus Athen hatte kommen lassen, für eventuelle Zwischenfälle bereit. In Patras hat ein übereifriger Polizeioffizier die Statuten des „Soziologischen Vereins" beschlagnahmt, die von dem Vorsitzenden der „Arbeitervereinigung" von Patras, einem Beamten des Finanzministeriums, unter die Arbeiterschaft von Patras verteilt worden waren. Wie überall mit dem Erscheinen einer sozialistischen Bewegung ist also auch in Griechenland sofort die Reaktion in Wirksamkeit getreten. Für die nächste Zeit kündigte der Vorsitzende des „Soziologischen Vereins" eine Reihe von Vorträgen über die Arbeiterbewegung in Deutschland und England an, die er im Piräus zu halten gedenkt.

Gewerkschaftsbewegung.

Schadensersatzanspruch wegen Sperre und schwarzer Listen. Eine größere Zahl von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes hat Klagen gegen die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten auf Streichung ihres Namens aus den schwarzen Listen und Zahlung vollen Schadensersatzes wegen der unzulässigen Sperre angestrengt. Die meisten dieser Klagen schweben noch. Zwei sind vom Kammergericht zugunsten der durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertretenen Kläger entschieden. Die eine betrifft den Gürtler Schröder. Dieser wurde am 18. März 1905, als er noch Lehrling war, aus den sämtlichen der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten angeschlossenen Betrieben ausgesperrt. Diese wurden angewiesen, den Schröder nicht nur als Gürtler, sondern auch als Arbeiter auszuschließen. Die Sperre erfolgte deshalb, weil Schröder angeblich als Lehrling im Jahre 1904 in der Koppienschen Fabrik ausständigen Arbeitern dieses Betriebes, insbesondere deren Streikposten zum Nachteil der Lehrherren Zuträgerdienste geleistet, namentlich den Streikposten von Vorgängen innerhalb der Fabrik über Ein- und Austritt Arbeitswilliger Bericht erstattet und trotz Verbotes davon nicht abgelassen habe. Nach umfassender Beweisaufnahme hielt das Kammergericht die Behauptung völlig widerlegt, daß Kläger den Streikposten Zuträgerdienste geleistet habe. Wenn die Organe des Beklagten vom Kläger gefordert hätten, daß er sich zunächst bei Koppien entschuldige und wenn davon die Aufhebung der Sperre abhängig gemacht worden sei, so habe zu dieser Maßregel keinerlei Veranlassung vorgelegen. Durch die Sperre sei der Kläger geschädigt. Für diesen Schaden sei Beklagte verantwortlich, da ihr Verhalten gegen die guten Sitten verstoße. Es widerspricht, so heißt es wörtlich im Urteil, dem sittlichen Empfinden aller billig Denkenden, wenn einem jungen Manne, der, um zu leben, auf seine gewerbliche Arbeit angewiesen ist, die Erwerbsmöglichkeit in seinem Berufe in einer Weise, daß er in der Ausnützung seiner Fähigkeit fast völlig beeinträchtigt wird, eingeschränkt wird, ohne daß für solche Maßnahmen ein sachlich ausreichender Grund vorläge. Demgemäß haftet die Beklagte dem Kläger wegen der Aussperrung für den ihm durch diese zugefügten Vermögensschaden gemäß § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der zweite vom Kammergericht entschiedene Fall betrifft den Gürtler Lesser. Er wurde im Februar 1904 ohne Angabe von Gründen von der Firma Otto Herberg u. Co. entlassen. Sein Arbeitsschein wurde ihm abgenommen und ihm auf dem Arbeitsnachweis mitgeteilt, daß er gesperrt sei. Lesser klagte gegen die Firma Herberg u. Co., die behauptet hatte, daß Lesser für den Metallarbeiterverband agitiert und Arbeitswillige der Firma gröblich beleidigt habe. Die Firma wurde nun auch rechtskräftig zum Ersatz des dem Kläger durch die Sperre erwachsenen Schadens verurteilt. Demnächst strengte Lesser gegen die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten eine Klage des Inhalts an, daß die Vereinigung verpflichtet sei, die über den Kläger für die Benutzung ihres Arbeitsnachweises verhängte Sperre wieder aufzuheben und ihm auf sein Verlangen den vorgeschriebenen Haadschein abgestempelt auszuhändigen. Auf Antrag der Beklagten wurde auch in dieser Sache eine große Anzahl Zeugen vernommen, die bekunden sollten, daß Kläger Arbeitswillige gröblich beleidigt und bedroht habe. Keiner der Zeugen vermochte jedoch die Behauptungen der Beklagten zu bestätigen. Das Kammergericht führt in seinem Urteil aus, daß selbst wenn Kläger für den Metallarbeiterverband Mitglieder geworben und seine Mitarbeiter zum Abonnement auf das Verbandsorgan aufgefordert habe, darin unmöglich ein Grund für die Sperre gefunden werden könne. In einer solchen würde eine gegen die Billigkeit verstoßende Härte liegen. Anders würde es sein, wenn Kläger entgegen seinem Versprechen Arbeitswillige bedroht und beleidigt hätte. Dies sei jedoch nicht erwiesen. Es sei daher dem Kläger ein Eid darüber anvertraut, daß er sich der ihm zur Last gelegten Verfehlungen nicht schuldig gemacht habe. Leiste Kläger den Eid, so sei sein Anspruch berechtigt und begründet.

Schwarze Listen. Die wichtige Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit der im Reichstag kürzlich besprochenen „schwarzen Listen" wird von Justizrat Stranz in der „Deutschen Juristen-Zeitung" geprüft. Dabei verneint Stranz speziell die Rechtsgiltigkeit der folgenden vom Zechenverband des Ruhrreviers seinen Mitgliedern, den einzelnen Zechen, auferlegten Verpflichtung: „Arbeiter, die vereinzelt unter Vertragsbruch die Arbeit auf einem Verbandswerk niedergelegt haben, darf während sechs Monaten ein andres Verbandswerk nicht annehmen. Der Verband stellt Listen der hiernach auszusperrenden Arbeiter den Zechen zur Nachachtung zu." Im Anschluß an ein Gutachten Lotmars erklärt Stranz eine solche Verpflichtung, da sie gegen die guten Sitten verstoße, für nichtig. In den „Schwarzen Listen" — so führt er aus — liegt eine Verletzung zwingender Gebote der Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Verrufserklärung erfolgt einseitig, eigenmächtig, geheim, unkontrollierbar. Eine Feme, die den Betreffenden überhaupt nicht hört, die keinen Unterschied macht zwischen den Gründen eines Vertragsbruchs, die wie Tag und Nacht verschieden sein können! Und dann, selbst bei schuldhaftem Vertragsbruch, welches Mißverhältnis zwischen Schuld und Sühne! Sechs Monate lang wird der Arbeiter von jedem andern Verbandswerk ausgeschlossen, wird also erwerbs- und brotlos. Man vergleiche damit den § 80 des preußischen Berggesetzes mit seinem Verbot einer höheren Vertragsstrafe als des durchschnittlichen Wochenlohnes für den Fall eines Vertragsbruches. Endlich verstößt die schwarze Liste auch gegen den Zweck des § 113 der Gewerbeordnung; bildet sie doch Ersatz für die verbotenen Geheimzeichen im Zeugnis. — Diese Ausführungen sind gewiß nicht umzustoßen. Aber wann wird sich ein Gericht finden, das sie sich zu eigen macht?

Ueber die Pläne der rheinischen Scharfmacher im Baugewerbe gibt folgendes Schriftstück Auskunft, das die Dortmunder „Arbeiterzeitung" veröffentlicht.

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, E. V.
Essen-Ruhr, den 22. Februar 1909.

Sehr geehrter Herr!

Wie Ihnen bekannt ist, sind auch die jüngsten Verhandlungen im Holzgewerbe gescheitert. Es ist nunmehr notwendig, über die weitere Behandlung der Angelegenheit gemeinschaftlich Stellung zu nehmen. Wir laden Sie daher auf Dienstag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, nach Düsseldorf, Hotel „Düsseldorfer Hof", zu einer Sitzung ein, in der eine Werkstattordnung festgestellt werden soll. Wir bemerken gleichzeitig, daß Hauptgegenstand der Beratung auch die seinerzeit schon besprochene, den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Lohnherabsetzung sein wird. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir Sie dringend, an der Sitzung teilzunehmen.

Die Exemplare der Werkstattordnung gelangen in der Versammlung zur Verteilung.

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe
in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.
J. A.: Die Geschäftsleitung:
H. Schmiedehaus.

Ob die „Zeitverhältnisse in geringeren Ansprüchen an die Arbeitsleistung der Arbeiter liegen? Wohl kaum! Diese werden bei der Arbeit genau so angespannt wie in den fetten Jahren. Die große Arbeitslosigkeit während der Krise ist es, die die Scharfmacher im Holzgewerbe zu ihren arbeiterfeindlichen Plänen ermutigt. Für die Arbeiter gibt es nur die Losung: Schließt die Reihen der Organisation noch fester, damit bei einem Kampf trotz Krise und Elend die Unternehmer keine „Arbeitswilligen" finden!

Formeranstand. In der Sudenburger Maschinenfabrik zu Magdeburg sind die Former in den Ausstand getreten. Den Anlaß dazu gaben fortgesetzte Reduzierungen der Akkordpreise. Die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Betriebsleitung verliefen erfolglos.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Kiel dauert fort. Wenn auch die Arbeitswilligen, die die Unternehmer aus Hamburg herangelockt haben, schon zwei Dampfer löschten, so dauert die Arbeit doch so lange und wird den Kohlen-Importeuren so teuer, daß die Streikenden mit Ruhe dem weiteren Verlaufe der Dinge entgegensehen, umsomehr, als den Unternehmern Arbeiter zum Aufladen der Kohlen auf die Wagen fehlen. Auf dem Dampfer „Virgo", wo die Streikbrecher einquartiert sind und von der Außenwelt abgeschlossen gehalten werden, herrschen in bezug auf Reinlichkeit schauderhafte Zustände; es sollen auch schon zehn Kranke vorhanden sein, darunter einige, die durch Unfall bei der Arbeit schwer verletzt sind. Als Streikbrechervermittler ist der österreichische Konsul in Hamburg tätig, der seine Landsleute, die sich um Unterstützung an ihn wenden, zu der Streikagentur Müller in Wandsbeck sendet, die sie dann nach Kiel dirigiert. Auch die Kieler Armenverwaltung hat den Unternehmern schon Leute zugeschickt. Die Kohlenhandelsgesellschaft sucht jetzt allenthalben Leute zum Aufladen der Kohlen unter großen Versprechungen. Zuzug ist fernzuhalten.

Bürgermeisterliche Kampfesweise gegen ein Gewerkschaftshaus. Der Bezirksausschuß zu Düsseldorf hatte sich am Dienstag mit einer Klage des Vorsitzenden der Kranken- und Sterbekasse in Wald bei Solingen, E. Weck, gegen die Gemeindeverwaltung von Wald zu befassen. Die Kranken- und Sterbekasse, die seit einer Reihe von Jahren besteht, hatte nie

---

Er verlor keine Zeit, seine Ankündigung bei dem errötenden Mädchen zur Ausführung zu bringen, und sein Beispiel ermunterte den Doktor und Brownlow zur Nachfolge. Einige wollen wissen, Harry Maylie hätte es selbst in einem anstoßenden dunklen Zimmer gegeben, was jedoch von den besten Autoritäten für arge Verleumdung erklärt wird, da er jung und ein Geistlicher gewesen wäre.

„Mein lieber Oliver, wo bist du gewesen, und warum siehst du so traurig aus?" fragte Mrs. Maylie. „Wie — Tränen in diesem Augenblicke?"

Wir leben in einer Welt der Täuschungen. Wie oft sehen wir unsere liebsten — die am meisten uns ehrenden Hoffnungen vereitelt!

Der arme kleine Dick war tot.

Zweiundfünfzigstes Kapitel.

Des Juden letzte Nacht.

Der Gerichtssaal war zum Ersticken gefüllt — kein Auge, das nicht auf den Juden geheftet gewesen wäre. Der Vorsitzende erteilte den Geschworenen die Rechtsbelehrung. Mit größter Spannung horchend stand Fagin da, die Hand am Ohre, um kein Wort zu verlieren. Bisweilen blickte er scharf nach den Geschworenen hinüber, die Wirkung auch nur des kleinsten ihm günstigen Worts zu erlauschen — bisweilen angstvoll nach seinem Anwalt, wenn die Rede in erschütternder, furchtbarer Klarheit wider ihn zeugte. Sonst aber regte er weder Hand noch Fuß und verharrte noch in der Stellung des angstvoll Horchenden, nachdem der Richter seine Darlegung längst beendigt.

Ein leises Gemurmel rief ihn zum Bewußtsein zurück. Er hob die Augen empor und sah die Geschworenen miteinander beraten. Alle Blicke waren auf ihn gerichtet, und man flüsterte schaudernd miteinander. Einige wenige schienen ihn nicht zu beachten. In ihren Mienen drückte sich unruhige Verwunderung aus, wie die Jury zögern könne, ihr Schuldig auszusprechen; allein in keinem Antlitze — sogar in keinem der zahlreich anwesenden Frauen — vermochte er auch nur das leiseste Anzeichen des Mitleids zu lesen. Alle schienen mit Begier seine Verurteilung zu fordern.

Abermals trat eine Totenstille ein — die Geschworenen hatten sich an den Vorsitzenden gewandt. Horch!

Sie baten nur um die Erlaubnis, sich zurückziehen zu dürfen.

Er forschte, als sie einer hinter dem anderen hinausgingen, in ihren Mienen, wohin wohl die Mehrzahl neigen möchte; allein vergeblich. Der Kerkermeister berührte ihn an der Schulter. Er folgte ihm mechanisch in den Hintergrund der Anklagebank und ließ sich auf einen Stuhl nieder, den jener ihm wies, denn er würde ihn sonst nicht gesehen haben.

Er schaute abermals nach den Zuhörern. Einige aßen und andere wehten sich mit den Tüchern Kühlung zu. Ein junger Mann zeichnete sein Gesicht in eine Brieftasche. Fagin dachte, ob die Zeichnung wohl ähnlich werden möchte, und sah zu, als der Zeichner seinen Bleistift spitzte, wie es jeder unbeteiligte Zuschauer hätte tun können.

Er wandte sich nach dem Richter und begann sich innerlich mit dem Anzuge desselben zu beschäftigen — von welchem Schnitte er wäre und was er kosten dürfe. Auf der Richterbank hatte ein alter beleibter Herr gesessen, der sich entfernt hatte und jetzt zurückkehrte, und Fagin überlegte, ob der Herr zu Mittag gespeist und wo er gesessen, und was dergleichen Gedanken mehr waren, bis ein neuer Gegenstand neue Gedanken in ihm erweckte.

Trotzdem war freilich sein Gemüt keinen Augenblick von dem peinigenden und drückenden Gefühle frei, daß sich das Grab zu seinen Füßen öffnete; es schwebte ihm fortwährend vor, aber undeutlich und unbestimmt, und er vermochte seine Gedanken nicht dabei festzuhalten. Und so geschah es, daß er, während bald Fieberhitze ihn ergriff und es ihn bald mit kaltem Schauder überlief, die eisernen Stäbe der Anklagebank zählte, die er vor sich sah, und bei sich selber dachte, wie es wohl gekommen sein möchte, daß einer derselben abgebrochen wäre; und ob man wohl einen neuen einschlagen würde oder nicht. Dann schweiften seine Gedanken wieder zu den Schrecken des Galgens und Schafotts ab, bis ein Aufwärter den Boden mit Wasser besprengte, was jenen abermals eine andere Richtung gab. (Forts. folgt.)

Schwierigkeiten mit der Gemeindeverwaltung als Aufsichtsbehörde, so lange die Versammlungen in dem Lokale des Wirts Kaspar Jäger in Wald abgehalten wurden. Auf Beschluß einer **Generalversammlung wurden aber später die Versammlungen in das Walder Gewerkschaftshaus** verlegt. Der Bürgermeister forderte den Vorsitzenden nun zunächst auf, den Beschluß, die Versammlungen für die Folge im Gewerkschaftshause abzuhalten, rückgängig zu machen. Als dieses nicht geschah, sondern seitens der Kassenmitglieder mehrere Protestversammlungen gegen das Ansinnen des Bürgermeisters abgehalten wurden, belam der Vorsitzende der Kasse zunächst ein Strafmandat in Höhe von 50 Mark. Als dieses nichts fruchtete, wurden die Beschlüsse der Generalversammlung vom 25. Oktober 1908 für ungiltig erklärt und unter Strafandrohung die Neuwahl einer Generalversammlung und des Vorstandes verlangt. Vom Bezirksausschuß verlangte der Vorsitzende Weck die Ungiltigkeitserklärung der verschiedenen Verfügungen, weil der Bürgermeister weit über seine Amtsbefugnisse hinausgegangen sei. Das ganze Verhalten des Bürgermeisters könne nur als ein Kampf gegen das von den freiorganisierten Arbeitern errichtete Gewerkschaftshaus angesehen werden. Die Klage wurde aus rein formalen Gründen abgewiesen. In der Begründung des Urteils hieß es u. a.: In eine Prüfung der Frage, ob der Bürgermeister als Aufsichtsperson über seine Befugnisse hinausgegangen sei, brauche nicht eingetreten zu werden, weil keine gesetzliche Bestimmung bestehe, die dem Bezirksausschuß das Recht gebe, über die Klage zu entscheiden. — Die Kläger scheinen bei Anstellung der Klage übersehen zu haben, daß das Verwaltungsstreitverfahren auf Grund des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes sich nicht gegen den Bürgermeister oder Dezernenten, sondern gegen den Magistrat zu richten hat. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 18. Mai 1905 mußten die Kläger zunächst den Magistrat gegen die unberechtigte Verfügung des Bürgermeisters anrufen. Erst wenn dieser Abhilfe nicht schafft, ist das Verwaltungsstreitverfahren gegeben, weil Aufsichtsbehörde nach dem Krankenversicherungsgesetz nicht der Bürgermeister, sondern der Magistrat ist. Einer neuen Klage dürfte der Erfolg kaum versagt werden.

Die in Dänemark bevorstehende Massenaussperrung. Die Dänische Arbeitgebervereinigung hat dem Gesamtverband der Gewerkschaften am Mittwoch in aller Form die wegen des Konflikts in der Schuhindustrie Kopenhagens beschlossene Massenaussperrung angekündigt, die am Montag, 15. März, durchgeführt werden soll. Sie soll die Schuhmacher und Schuhfabrikarbeiter, die Schneider und Konfektionsarbeiter, die Lederindustriearbeiter, die Kupferschmiede, die Holzschuh- und Leistenarbeiter, Oelmühlenarbeiter, Textilarbeiter, sowie sämtliche Mitglieder des Arbeitsmannsverbandes, soweit sie nicht bei den öffentlichen Verkehrs- und Transportmitteln oder mit der Herstellung leicht verderblicher Nahrungsmittel beschäftigt sind, umfassen, die bei Mitgliedern der Arbeitgebervereinigung in Arbeit stehen. Es werden über 40 000 Arbeiter sein, die das dänische Unternehmertum zur Vermehrung der so wie so vorhandenen furchtbaren Arbeitslosigkeit auf die Straße werfen will. Die Hauptvorstände der von der Aussperrung bedrohten Gewerkschaften sind zur Beratung über die Lage zusammengetreten.

Im Handelsamt zu London fand am 4. März zwischen dem Handelsminister Winston Churchill und den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Baumwollindustrie von Lancashire eine Besprechung statt. Gegenstand der Besprechung war die Absicht, zu einer gegenseitigen Einigung zum Zwecke der Vermeidung von Ausständen zu gelangen. Nach längerer Beratung beschloß man einstimmig, daß es zweckmäßig sei, eine gemeinsame Regelung der Löhne vorzunehmen und daß weitere Verhandlungen zu diesem Zwecke in Manchester abgehalten werden sollen.

Achtstundentag der Pariser Gasarbeiter. Einen glänzenden Erfolg haben die in den Pariser Gasfabriken beschäftigten Arbeiter dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation errungen. Die dreifache Wechselschicht war eine alte Forderung der Heizer, die bisher in Doppelschichten zu je 12 Stunden arbeiteten. Die Direktoren der neun Fabriken — in Paris ist die Gasfabrikation noch in privatkapitalistischen Händen — hatten bisher stets sich außerstande erklärt, der Forderung nachzugeben, oder die Arbeiter ins Unendliche hinausgezogen. Schließlich war diesen jedoch der Geduldsfaden gerissen und die Heizer erklärten kategorisch, in den Streik zu treten, falls ihnen der Achtstundentag verweigert würde. Neuerliche Verhandlungen unter dem Vorsitz des Seinepräfekten hatten endlich den gewünschten Erfolg. Bis spätestens 1. Juni 1909 wird in allen Pariser Gasfabriken die dreifache Wechselschicht von je acht Stunden mit einem Minimallohn von acht Frank für die Heizer eingeführt. Die Ferien, Ruhetage und Krankheitstage werden ebenfalls mit acht Frank bezahlt. Der Vertrag läuft bis 1. Januar 1915. Infolge dieser Zugeständnisse wurde die Lohnbewegung für beendet erklärt. Eine unter den Gasarbeitern veranstaltete Kollekte zur Sammlung eines Streikfonds hatte in einem Tage die riesige Summe von 31 000 Frank ergeben. Beweis, daß die Gasarbeiter zum Streik entschlossen waren.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Die Reichsbank.** Für die Aktionäre der Reichsbank sind die Zeiten der Krise Jahre besonders reicher Gewinne. Die hohen Sätze für Leihgeld, die der Krise vorangehen und über den Eintritt allgemeiner Abschwächung des Wirtschaftslebens hinaus andauern, bringen ihnen gesteigerte Dividenden. Für 1907 stellte sich die Reichsbankdividende auf 9,89 Prozent, für das Jahr 1908 auf 7,77 Prozent. Der Zinssatz im Vorjahre, das im Zeichen der „Geldnot" stand, betrug im Durchschnitt 6,023 Proz., im Jahre 1908 ergab sich ein Durchschnittssatz von 4,764 Proz. Der ungewöhnliche hohe Diskontsatz von 7½ Prozent, mit dem die Bank in das Jahr 1908 eingetreten war, erfuhr am 13. Januar eine Ermäßigung auf 6½ Prozent, Ende desselben Monats auf 6 Prozent, am 7. März auf 5½ Prozent, am 27. April auf 5 Prozent. Im Juni erfolgte die Ermäßigung auf 4 Proz., die rückgängige Konjunktur hatte zu der starken Abnahme des des Kreditbegehrs geführt. Der Gesamtgewinn der Bank hat im Jahre 1908 65,61 Millionen betragen gegen 82,55 Millionen im Vorjahre. Der Reingewinn stellt sich auf 37,03 Millionen gegen 52,31 Millionen für 1907. Im Verlauf des Jahres 1909 hat die Konjunktur keine Besserung erfahren, für wichtige Industriegebiete war eher eine zunehmende Verschlechterung zu konstatieren. Diese Lage kam auf dem Geldmarkt zum Ausdruck, seit kurzem ist bekanntlich der Diskontsatz der Reichsbank auf 3½ Prozentsatz herabgesetzt worden. Die Erwartung, die der Reichsbankpräsident in der Generalversammlung aussprach, das Jahr 1909 lasse sich nicht so günstig an wie 1908, so daß auf ein ähnliches Ergebnis wie für 1908 nicht gerechnet werden kann, ist eigentlich so selbstverständlich, daß es überflüssig wäre, davon Kenntnis zu nehmen. Doch die Betonung der weniger günstigen Aussichten der Herren Reichsbankaktionäre für das kommende Jahr scheint von der Absicht diktiert zu sein, Stimmung gegen den von der Sozialdemokratie angekündigten Antrag zu machen, der eine Beschränkung der Reichsbankdividende auf 5 Prozent fordert. Selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus kann kein stichhaltiger Grund gegen diese Forderung ins Feld geführt werden. Der Besitz von Reichsbankanteilen ist mit keinerlei Risiko verbunden, die Anteilscheine der Reichsbank sind als Vermögensanlagen nicht weniger sicher als die besten Staatsanleihen, eine Höchstverzinsung von 5 Prozent sollte den Ansprüchen der Reichsbankaktionäre, zu denen u. a. regierende Fürsten Deutschlands und der Reichskanzler gehören, wahrlich genügen. Bisher erfolgt die Gewinnverteilung so, daß von dem Reingewinn zunächst den Anteilseignern 3½ Prozent Dividende gezahlt und die dann verbleibenden Ueberschüsse derart geteilt werden, daß den Anteilseignern ein Viertel, der Reichskasse drei Viertel zufallen. In diesem Jahre erhalten die Aktionäre 18 986 000 Mk. (im Vorjahre 17,80 Millionen), das Reich 23 052 824 Mk. (im Vorjahre 24,51 Millionen). Nach der vorliegenden Banknovelle sollen 10 Prozent des Reingewinns über die ersten 3½ Prozent Dividende hinaus dem Reservefonds zugeführt werden, der seit einer Reihe von Jahren nicht mehr dotiert wurde. Diese Zuweisung an den Reservefonds soll je zur Hälfte den Anteilseignern und dem Reich in Anrechnung gebracht werden. Die Vertreter der Aktionärsinteressen behaupten, daß diese Zuführung an den Reservefonds in Zukunft ihren Gewinn schon einschränke, so daß eine Höchstdividende von 5 Prozent für sie eine doppelte Gewinnverkürzung für die Aktionäre bedeuten würde. Sie bemühen sich dabei in Vergessenheit zu bringen, daß die Banknovelle den Aktionären durch andere Bestimmungen aber sehr erhebliche neue Gewinne zuwenden will. Die Reichsbank konnte bisher steuerfrei 472 829 Millionen Mark Noten mehr ausgeben als sie Barbestände zur Deckung hat. Die über diese Summe hinaus ausgegebenen Noten mußten mit 5 Prozent versteuert werden. Nach dem Vorschlag der Regierung soll die Reichsbank berechtigt sein, 550 Millionen über den Barvorrat hinaus steuerfrei auszugeben, für die Quartalstermine wird sogar die steuerfreie Summe auf 750 Millionen Mark erhöht. Daß die Herren Reichsbankaktionäre nicht immer 7,77 und 9,89 Prozent beziehen werden, die Dividende betrug auch schon 10 und 11 Prozent, kann auch selbst von den erpichtesten Dividendenjägern nicht gegen die Forderung geltend gemacht werden, zugunsten der Reichskasse den Höchstsatz der Reichsbankdividende auf 5 Prozent festzusetzen.

Soziales.

Betriebseinschränkung. Wien, 5. März. Die österreichischen Baumwollspinnereien beschlossen eine Betriebsreduktion in der Weise, daß die Fabriken eine Monatsproduktion ausfallen lassen. Die Art, wie dies geschieht, wurde den einzelnen Betrieben freigestellt.

Gerichtliches.

Ein Grubenunglück vor Gericht. Am 23. März v. J. kamen in der Braunkohlengrube Glückauf bei Völcke (Bezirk Magdeburg) 8 Bergarbeiter dadurch ums Leben, daß bei der Anlage eines neuen Stollens ein großer Lagerdurchbruch erfolgte. Die 8 Mann ertranken, von den Leichen ist bisher erst eine geborgen.

Am Donnerstag war der Betriebsführer Otto Hille angeklagt, das Unglück verschuldet zu haben. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß die Unglücksgrube zu den gefährlichsten ihrer Art gehörte. Von den Sachverständigen wurde dem Angeklagten der Vorwurf gemacht, daß er nicht für die vorgeschriebene Anlage eines Fluchtweges gesorgt habe. Er hätte den Durchbruch des Wassers voraussehen müssen, das über einen stillgelegten Schacht brach. Der Angeklagte entgegnete, daß die Anlegung eines Fluchtweges zu schwierig — soll wohl heißen zu kostspielig — gewesen sei.

Die Strafkammer sprach den Angeklagten von der Anklage der fahrlässigen Tötung frei und verurteilte ihn nur wegen Uebertretung zweier Polizeiverordnungen zu 100 Mark Geldstrafe.

Kirche und Schule.

Fortbildungsschule und Religionsunterricht. Die Notwendigkeit der Pflichtfortbildungsschulen, schreibt die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins", gelangt immer mehr zur Anerkennung, auch bei den Geistlichen. Aber immer wieder stellen diese die Forderung, den Religionsunterricht unter die obligatorischen Unterrichtsstunden der Fortbildungsschule aufzunehmen. Ganze Synoden haben schon dahingehende Beschlüsse gefaßt, und wer weiß, was bei der Stellung unserer Regierungen kirchlichen Ansprüchen gegenüber noch geschieht, obwohl sich eigentlich jeder sagen muß, daß bei dem Mißverhältnis zwischen Arbeitszeit und Arbeitspensum in der Fortbildungsschule schlechterdings keine Zeit für besondere Religionsstunden vorhanden ist. Merkwürdig erscheint auch, daß die den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule fordernden Geistlichen nicht empfinden, wie sie sich damit in Widerspruch zu der Auffassung der Kirche von der Konfirmation setzen. Durch den vom Geistlichen erteilten Konfirmandenunterricht soll die religiöse Unterweisung ihren Abschluß finden, denn der junge Mensch soll durch ihn befähigt werden, ein lebendiges Glied der kirchlichen Gemeinde zu werden. Er bedarf zu seiner Erhaltung in der christlichen Gemeinschaft dann keiner anderen als der allen mündigen Gemeindegliedern zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und Einrichtungen. Voraussetzung ist freilich, daß der Konfirmandenunterricht seine Aufgabe erfüllt. Nichterfüllung würde indes nur eine Umgestaltung des Konfirmandenunterrichts bedingen nicht aber zur Forderung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule berechtigen. Uebrigens gibt es auch nicht wenige Geistliche, welche nichts von diesem Unterricht wissen wollen, sondern anerkennen, daß die religiöse Unterweisung dieser Altersstufe Aufgabe der Kirche allein sei, eine der schwierigsten Aufgaben, die sie jedoch zu lösen versuchen müsse.

Vermischtes.

Ein ungetreuer Beamter. Berlin, 6. März. Erst jetzt ist man bei Durchsicht der Kontokorrente umfangreichen Unterschlagungen bei der Diskontogesellschaft, die schon längere Zeit zurückliegen, auf die Spur gekommen. Der aus Leipzig stammende 28jährige Bankbeamte Alfred Schubert, der bei der Gesellschaft angestellt war, hat sich durch betrügerische Manipulationen und Urkundenfälschungen 30 000 Mk. zu verschaffen gewußt und ist am 25. Dezember v. J. mit seiner Braut, der 20jährigen Charlotte Schellenberg, flüchtig geworden. Der Defraudant ist außerdem im Besitz dreier Kreditbriefformulare, die er wahrscheinlich zur Erlangung größerer Summen verwendet hat. Für die Ergreifung des Schubert ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Die Luftschiffer als Doktoren. München, 7. März. Den Gebrüdern Wilbur und Orville Wright ist von der Münchener Technischen Hochschule die Würde eines „Doktors der Technischen Wissenschaft" ehrenhalber verliehen worden.

Beim Retten eines Hundes getötet. Stuttgart, 7. März. Gestern mittag wollte in der Rotebühlstraße die 18jährige Tochter des Kammervirtuosen Raetz ihren Hund, der in Gefahr war, von einem Straßenbahnwagen überfahren zu werden, retten. Das Fräulein geriet dabei selbst unter den Wagen und wurde sofort getötet.

In den Armen der Mutter erfroren. Paris, 7. März. In Besançon ist gestern ein Säugling in den Armen seiner Mutter erfroren.

Explosion. Cattaro, 7. März. In Velusic explodierte im Hause eines Bergmanns infolge unvorsichtigen Hantierens eines Kindes eine große Menge Dynamit, wodurch das Haus zum größten Teil zerstört wurde. Ein Kind wurde getötet, dessen Mutter und ein zweites Kind lebensgefährlich verletzt.

Schneestürme in England. London, 7. März. In fast ganz England und Wales herrschten gestern furchtbare Schneestürme. Aus den nördlicheren Grafschaften, namentlich aus Derbyshire, kommen Berichte von ungeheuren Schneewehen, die ganze Dörfer von der Außenwelt abgesperrt haben. Man befürchtet infolgedessen große Verluste an Menschenleben. In Nordwales sind die Bergpässe gänzlich unpassierbar geworden. Schwere Verluste an Vieh, namentlich an Lämmern, sind zu verzeichnen.

Vereins-Kalender.

Montag.

Diskutierklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld".
Männer-Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr bei Viertmann Bürgerweg.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr bei Brünig.
Gütersloh. Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr.
Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.

Standesamts-Nachrichten.

Bielefeld. In der Zeit vom 1. bis 6. März d. J. sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten: Söhne: Glasschleifer Hermann Bote (Zwillinge), Ed.-Windthorststr. 11; Eisenbahnassistent Bernhard Zurmühlen, Rolandstr. 15; Maler Wilhelm Hermann, Siegfriedstraße 37; Arbeiter Wilhelm Schulze, Ed.-Windthorststr. 6; Weinhändler Hermann Ehermann, Kreuzstr. 31; Arbeiter Aug. Bedmann, Wertherstr. 64; Arbeiter Wilhelm Schmidt, Jöllenbeckerstr. 84; Schlosser Eckardt Vollrath, Am Güterbahnhof 1; Postschaffner Wilhelm Möhlmann, Osnabrückerstr. 30; Wagenbauer Wilhelm Kreuz, Heeperstr. 46; Arbeiter August Kaiser, Engerschestr. 12; Oberlehrer Johannes Berndt, Brüderstr. 4; Maler Gustav Kammann, Meinbersstr. 2; Arbeiter Heinrich Decker, Mühlenstr. 14; Arbeiter Heinrich Kopp, Spindelstr. 69; Konditor Adrian Consbruch, Göbenstr. 39; Kaufmann Johannes Böning, Rohrteichstr. 42; Postassistent Christian Meier, Paulusstr. 33; Arbeiter Heinrich Hyniche, Herforderstr. 146; Tapezierer Karl Meyer, Nordstr. 15; Arbeiter August Aley, Ziegelstr. 31; Tapezierer Emil Vogelsang, Wittekindstr. 33; Arbeiter Wilhelm Weiß, Mellerstr. 61; Telegraphenassistent Julius Böhning, Gr. Kurfürstenstr 75; Städt Feuerwehrmann Albert Holzgrebe, Gehrenberg 32; Eisendreher Hermann Hunecke, Teichstr. 9; Kaufmann Hermann Herrmann, Schulstr. 3; Invalidenrentenempfänger Walter Quinton, Ziegelstr. 69.

Töchter: Metallschleifer Georg Linge, Ehlentrupperweg 26a; Metallschleifer Heinrich Kesper, Göbenstr. 9; Arbeiter Hermann Wend, Nordstr. 19; Eisendreher Heinrich Siedmann, Alfenstr. 20; Arbeiter Friedrich Faust, Burgstr. 25; Postschaffner Adolf Trand, Osnabrückerstr. 63; Arbeiter Hermann Oesselke, Stadtheiderstr. 26; Kaufmann Wilhelm Eichhoff, Herforderstr. 4; Postinspektor Bernhard Perizonius, Am Sparenberg 52; Arbeiter Heinrich Giesselmann, Bülowstr. 28; Schlosser Karl Kramer, Friedrichstr. 12; Installateur Hermann Humpe, Teutoburgerstr. 33; Arbeiter Friedrich Wilke, Ed.-Windthorststr. 4.

Sterbefälle: Installateur Heinrich Warnecke, 65 J.; Arbeiter Karl Wiethüchter, 46 J.; Ehefrau Invalidenrentenempfänger Büscher, Anna geb. Puwelle, 51 J.; Wilhelm Paul, 4 Mon.; Eberhard Wittenberg, 1 Mon.; verw. Schuhmachermstr. Abel, Auguste geb. Dubbert, 64 J.; Altersrentenempfänger Wilhelm Höke, 82 J.; Arbeiter Karl Ellersiek, 86 J.; Hausdiener Wilhelm Niehaus, 39 J.; Hans Vollrath, 1 J.; Arbeiter Heinrich Borgholz, 83 J.; Mädchen Humpe, 1 Tag.; Lehrer a. D. Gustav Weifardt, 40 J.; Invalidenrentenempfänger Johann Reineke, 51 Jahre.

Aufgebote: Sattler Julius Käser, Kaiserstr. 121, und Marie Rürup, Ellerstr. 39; Polizeiassistent Paul Temming, Gr. Kurfürstenstr. 6, und Marie Voller, Wittekindstr. 34; Schauspieler Fritz Reiff, Kronenstr. 6, und Karoline Duntel, Kierst; Arbeiter Ludwig Tönsmeise, Hallerweg 108, und Luise Petzelberger, Gütersloherstr. 88; Schlosser Hermann Elges, Schildescherstr. 31, und Wilhelmine Schütter, Mellerstr. 72; Werkmeister Heinrich Volmer, Langenhagen 51, und Agnes Dinzemann, Goldbach 13; Kaufmann Karl Obermann, Kampstraße 6, und Frida Fricke, Siechenmarschstr. 5; Maler Emil Molting, Webereistr. 9, und Herto Münster, Siekerwall 2a; Eisenbahnschaffner Theordor Baumhöfener, Engerschestr. 61, und Frida Büsing, Bürgerweg 63; Eisendreher Wilhelm Hüttemann, Brackwede, und Mathilde Nagel, Gütersloherstr. 86; Bildhauer Otto Mantzel, Lübeck, und Emilie Wagner, Langensagen 34; Kaufmann Heinrich Busse, Herford, und Luise Pennekamp, Arndtstr. 51; Konditor und Gastwirt Karl Brockhausen, Lemgo, und Wilhelmine Konkewitz, Güsestr. 4; Kaufmann Otto Heß, Viktoriastr. 1, und Else Harbaum, Ritterstr. 28; Bauschlosser Arno Clajus, Mühlenstr. 3a, und Luise Schmidt, Spinnereistr. 25; Arbeiter Karl Bergmann, Ehlentrupperweg 37a, und Anna Peble, Herforderstr. 113; Musiklehrer Heinrich Schlee, Detmolderstr. 81, und Mathilde Schneider, Sieker; Maurer Friedrich Finke, Spindelstr. 47, und Helene Knoche, Kronenstr. 8; Wäschezuschneider Heinrich Tusch, Heeperstr. 44, und Emma Diekmann, Karlstr. 17; Bäcker August Heidemann, Mühlenstr. 20, und Luise Lührmann, Holterdorf; Maler Jakob Mießemer, Luisenstr. 21, und Juliane Sassenberg, Laerstr. 11.

Eheschließungen: Sattler Gustav Köpsky und Marie Eggert, Weichensteller 1. Klasse Wilhelm Hohensohn und Mathilde Lohmann, Kaufmann Robert Breipohl und Gertrud Le-Doux, Kaufmann Emil Schroeder und Helene Fleer, Kolonialwarenhändler Gustav Fischer und Anna Husemann, Eisendreher Friedrich Backhaus und Johanne Lohmann, Händler Hermann Schicholdt und Marie Dickel, Schneider Wilhelm Brindöpke und Dorothea Prüßmeier.

* * *

Amt Brackwede. In der Zeit vom 15. bis 28. Februar 1909 sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Glasmacher Adolf Ranke, Brackwede, Gütersloherstr. 6; Fabrikarbeiter Arnold Schäffer, Brackwede, Westfeld 27; Zimmermann Otto Ermes, Brackwede, Friedrichsdorferstr. 34; Techniker Rudolf Lutterjohann, Brackwede, Bergstr. 18b; Kesselschmied Fritz Ewald August Andreas Ballin, Brackwede, Kaiserstr. 25; Kolon Wilhelm Hellweg, Senne I 52.

Töchter: Fabrikarbeiter Wilhelm Waimann, Quelle 48; Tischlermeister August Tellenbröker, Senne I 153; Arbeiter Johann Meletzki, Brackwede, Eggetal 6; Schlosser Gustav Ostermann, Brackwede, Schulstr. 2; Maurer Heinrich Zurmühlen, Brackwede, Holterstr. 46; Kaufmann Bruno Friedrichs, Quelle 57; Arbeiter Karl Wehmeier, Brackwede, Südfeld 14; Hechler Theodor Hübner, Brackwede, Spinnerei Vorwärts 13; ferner 3 uneheliche Geburten.

Aufgebote. Schlachter Eduard Niermann, Brackwede, Kaiserstr. 99, und Anna Lohmann, Senne I 132; Fabrikarbeiter Karl Landwehr, Brackwede, Bergstr. 13, und Marie Jöllenbeck, Brackwede, Gänsestr. 16; Schlosser Johann Sauer, Brackwede, Spinnerei Vorwärts 15, und Elisabeth Reichert, daselbst.

Eheschließungen. Glasmacher Karl Lohmann, Brackwede, Niederstr. 116a, und Wilhelmine Peters, daselbst; Bleicharbeiter Hermann Wullenkord, Quelle 3, und Johanne Menze, Brackwede, Paderbornerstr. 76.

Sterbefälle. Karl Heinrich Gustav Baumhöfener, 23 Jahre, Brackwede; Bäckergeselle Gustav Kulbrock, 29 J., Brackwede; Ehefrau Emma Korte geb. Tönsgöke, 25 J., Brackwede; Bierverleger August Bumbeleit, 44 J., Brackwede; Fabrikarbeiter Karl Heinrich Kastrup, 57 J., Quelle; Arbeiter Friedrich Rickmann, 15 J., Brackwede; Zigarrenarbeiter Johann Friedrich Wilhelm Klein, 72 J., Brackwede; Heinrich Ludwig Erich Vogt, 1 J., Brackwede; Walter Heinrich Krull, 18 Tage, Brackwede; Anna Hübner, 2 Tage, Brackwede; ferner 1 Totgeburt.

* * *

Minden. In der Zeit vom 21. bis 27. Februar wurden beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten: Söhne: Bautechniker Kumm, Handelsmann Müller, Arbeiter Helming, Arbeiter Klautz gen. Denk, Arbeiter Reimler, Kutscher Borcherding, Schlossermeister Meßer.

Aufgebote: Musketier Hermann in Minden mit Amanda Neuhaus in Dortmund, Schiffer Siegmann in Minden mit Pauline Karoline Wilhelmine Christiane Loges in Hameln, Schlachter Niermann in Brackwede mit Anna Wilhelmine Lohmann in Senne I, Katasterzeichner Riechert in Minden mit Marie Lüdeke in Elbagjen, Katasterzeichner Harting in Minden mit Hermine Karoline Kallenhoff in Haspe, Schlachter Rößler in Schlüchtern mit Emma Melzig in Minden, Sergeant Mank in Minden mit Henriette Auguste Alwine Brannabl in Wiesbaden, Prokurist Hoffmann in Breslau mit Wanda Wallicht in Breslau, Trompeter-Sergeant Schnaare mit Anna Dießelhorst in Minden.

Eheschließungen: Hilfshoboist Stölzer in Minden mit Emma Sievert in Hohenplacken, Knecht Strohmann in Südfelde mit Christine Babe in Minden.

Sterbefälle: Bahnhofschlosser Bruns aus Meißen, 48 J.; Tochter des Steuermanns Sander, 3 Mon.; Tochter des Hafenarbeiters Ritter, 8 Mon.; Tischler Kersten, 64 J.; Ehefrau des Lackierers Fustmann, geb. Niemann, 32 J. 10 Mon.

1881

Der Lebensmittelmarkt

steht heute in bezug auf Butterersatzmittel unter dem Zeichen der Van den Berghschen **Vitello** und **Clever Stolz**-Margarine. Beide Marken ersetzen feinste Naturbutter bei wesentlich billigerem Preise in geradezu verblüffender Weise. :: :: :: ::

Erhältlich in den besseren Kolonialwarenhandlungen.

Warnung!

In letzter Zeit versuchen Installateure am hiesigen Platze dem **„Olso-Brenner“** ähnlich sehende Schlitzkopf-Brenner, mit **echten Olso-Glühkörper** versehen, zum Preise von **2 Mk.** an den Mann zu bringen. Wir warnen das geehrte Publikum davor, dieses **minderwertige Fabrikat** zu kaufen, denn dieser Brenner hat mit dem echten Olso-Brenner **nichts** gemein, als bei oberflächlicher Betrachtung die äussere Gestalt. Er besitzt keinen **Kanal-Einsatz,** sondern nur ein **wirkungsloses Sieb** und in andern Teilen ist die **Ausführung minderwertig.** Brenner dieser Art haben einen **Marktwert von 50 Pfg.** und sind samt **Glühkörper und Zylinder zu 1 Mk.** zu haben, allerdings **nicht** mit **Olso-Glühkörpern,** Die Deutsche Olso-Licht-Centrale G. m. b. H. und ihre Vertreter bitten daher das geehrte Publikum, bei Ankauf von Olsobrennern darauf zu achten, dass der Brenner die eingeprägte Inschrift trägt:

„Olso D. R. P. 178502 D. O. L. C.“

Brenner, welche diese Inschrift nicht tragen, sind keine **Olso-Brenner** und stehen diesen **bedeutend nach,** sowohl an **Leuchtkraft** als an **Gasersparnis.**

Die Direktion der

Deutschen Olso-Licht-Centrale G. m. b. H.

1377 **Berlin.**

Bekanntmachung.

Städtische gewerbliche Fortbildungsschule.

Um den Verspätungen beim Schulanfang sowie den immer mehr wachsenden Dispensgesuchen entgegen zu wirken, haben wir den Herrn Schulleiter angewiesen, in Zukunft Verspätungen unnachsichtlich zur Bestrafung anzumelden, ebenso Schulversäumnisse, für welche eine wirklich ausreichende Begründung nicht vorgebracht wird. Demselben Lehrlinge wird in demselben Monat unter keinen Umständen mehr wie zweimal Dispens gewährt. Weiteres, auch entschuldigtes Fehlen wird zur Strafe angezeigt werden.

Herford, den 1. März 1909.

Das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule.
Der Vorsitzende. Busse, 1. Bürgermeister.

Die Geschäftsleute, die in der „Volkswacht“ inserieren, wolle man bei Einkäufen berücksichtigen.

Stadttheater.

Montag, den 8. März 1909, abends 8 Uhr:

Moral.

Im Berliner Kleinen Theater bereits über hundertmal vor ausverkauften Häusern gegeben.

Dienstag, den 9. März 1909, abends 7½ Uhr:

Benefiz für die erste Liebhaberin **Melly Stollberg:**

Die rote Robe.

Von der Akademie française preisgekröntes Werk.

Mittwoch: **Moral.**

Donnerstag: Außerordentl. Gastspiel Prasch-Grevenberg **„Die fremde Frau“.**

Trinkt Aha's Excelsior! 1113

Soeben erschien:

Simplicissimus Nr. 49.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Haupt-Arbeitsnachweis Bielefeld.

Zimmerstr. 19. Fernsprecher 292.

Nur Werktags geöffnet: vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr.

Männliche Abteilung.

Es werden gesucht:

1 Wagensattler, 4 Ackerknechte, zwei Gärtner, 2 Stellmacher, 1 Schwe zerdegen, 1 Barbierlehrling, 2 Sattlerlehrlinge, 1 Tischlerlehrling, 2 Sattler und Polsterer, 1 Schmied, 4 Schuhmacher, 27 Schneider, 3 Kaufmannslehrlinge, 1 Schmiedelehrling, ein Bäckerlehrling, 1 Steindruckerlehrling, 1 Kunstschlosser, 1 Barbier, 8 Tischler (Bau u. Möbel), 1 Schriftsetzer, drei Polstererlehrlinge, 1 Gärtnerlehrling, 1 Goldschmiedlehrling, 1 Photographenlehrling.

Es suchen Arbeit:

Bäcker, Dreher, Schleifer, Erdarbeiter, Zuschneiderlehrling, Drechsler, Fabrikarbeiter, Handlanger, Schreiberlehrling, Bohrer, Dachdecker, Maler, Schlosserlehrling, Bauarbeiter, Kutscher, Schlosser.

Weibliche Abteilung.

Es werden gesucht:

4 Köchinnen nach hier und auswärts, mehrere Küchenmädchen, Dienstmädchen, II. Mädchen und Landmädchen, 1 Spülmädchen für 1. Hotel.

Es suchen Arbeit:

Mehrere Stützen, Kontoristinnen, Arbeits-, Wasch- und Stundenfrauen.

Bielefeld, den 4. März 1909.

Die Verwaltung.

Der Verkauf der aus dem gemeinschaftlich erworbenen

1388

Konkurslager

im Einzelverkaufswert von ca.

Mark 100000

stammenden Waren beginnt heute!

Soweit Vorrat:

Wassergläser	3 Stück	10 ₰	Steinseidel gross, auf Fuss, mit Deckel		95 ₰
Wassergläser geschliffen, Kugel u. Stern		15 ₰	Bier-Service Krug mit 6 Gläsern		48 ₰
Tee- oder Biergläser auf Fuss geschliff.		18 ₰	Bier-Service Krug mit 6 Gläsern, Zinndeckel und Malerei	1.50,	125
Zuckerschalen gross		18 ₰	Obertassen gross, dick		8 ₰
Fruchtschalen tief auf Fuss		58 ₰	Satzschüsseln Satz	6 Stück	78 ₰
Glasschalen gelippt	25 und	18 ₰	Waschgarnituren 4teilig		125
Glas-Satzschüsseln Satz	5 Stück	78 ₰	Obst-Service 7teilig, Majolika		165

Für Wirte:

Nur Zufalls-Angebot!

Glasteller	5 und	3 ₰	Ein Posten Seidel	4/10	18 ₰
Kleine Vasen blau		5 ₰	„ Seidel	3/10	15 ₰
Blumenvasen	30 cm	12 ₰	„ Seidel	1/4	15 ₰
Nippfiguren	2 Stück	25 ₰	„ Seidel	4/10 pilsener Canetten	25 ₰
Citronenpressen		7 ₰	„ Seidel	1/4 Pilsener Canetten	20 ₰
			„ Seidel	4/10 Tübinger	22 ₰
			„ Likörgläser	4 Stück	10 ₰
			„ Likörgläser	geschliffen oliven	15 ₰
			„ Likörgläser	hoch	12 ₰
			„ Bierbecher	1/4 Viktoria	12 ₰
			„ Bierbecher	1/4 mit dickem Boden	12 ₰
			Vasen	dekoriert 10 und	8 ₰
			Vasen	dekoriert 38, 28,	18 ₰
			Wasserflaschen	mit Glas, geschliffen	50 ₰

Konsumanstalt

Niedernstrasse 34.

Trauerhüte in grösster Auswahl stets vorrätig Geschw. Simon, Niedernstrasse 30.

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Schriften von Ludwig Thoma

	Preis geb.	brosch.
Moral	3.—	2.—
Lausbubengeschichten	4.—	3.—
Tante Frieda	5.—	4.—
Hochzeit	3.—	2.—
Die Lokalbahn	3.—	2.—
Die Medaille	2.50	1.50
Peter Schlemihl	3.50	2.50
Assessor Karlchen	1.50	1.00
Grobheiten	1.50	1.00
Neue Grobheiten	1.50	1.00
Briefwechsel e. bayer. Landtagsabgeordn.	3.00	2.00

Zu beziehen durch die **Buchhandlung „Volkswacht“** Bielefeld, Schulstraße 20.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kleiderschränke

von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. 949

Aepfel-

Ausstellung vom 20.—25. März, 26. Schluß der Obstverkaufsstelle Hille. 1320*

Ziege

zu verkaufen. Ziegelstr. 90. [1328*

Statt besonderer Anzeige.

Freitag, abends 10½ Uhr, verschied sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Invalide

Johann Reinecke

im 52. Lebensjahre. — Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bielefeld, den 8. März 1909.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Siechenmarschstraße 49, aus statt. 138 *

Deutscher Metallarbeiter Verband, Verwaltung Bielefeld.

Am Freitag abend starb nach langem, schweren Leiden unser treues Mitglied, der Metallarbeiter

Johann Reinecke

im Alter von 51 Jahren. 1376

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Siechenmarschstr. 49, aus statt, und ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung. **Die Ortsverwaltung.**

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 57.

Die heutige Numm

Tohuwabohu in de

Die Nachrichten gehen ku
eine geht daraus hervor, daß
tion beherrschen. Für die R
ihrem Willen zu fügen oder
wird ja bald etwas mehr Kla
Folgende Nachrichten halten

München, 9. März.
Berlin ist gestern ein Beschlu
gangen, wonach diese den V
entschieden ablehnt. Das
stätigt diesen Beschluß, eben
nahe stehende Zentrumsabgeo

Berlin, 8. März. Ma
das Kompromiß zur Reichs
sichert. Nicht nur innerhalb
einzelnen Parteien dauern d
mit den Vertretern der verb
mit dem Reichsschatzsekretär
diesen Verhandlungen den Re
brochen und eifrig weiterverh

Braunschweig, 8. Mä
zeitung“ bringt die Meldung
nis des Kaisers zum Fürste
Widerstandes gegen die agr
Nachlaßsteuer, weil der Kai
Agrarier nachgegeben habe.

Es sollte uns gar nicht wu
gehen müßte, gerade weil er
hat, daß er das Vertrauen
die politische Konstellation fü
wie nur eine sein kann.

Positiv

Etwas von Liberalis

Im „Berliner Tageblatt“
Preuß zwei Artikel: „Poli
ein Klagelied über die theor
keit des Liberalismus singt u
weist auf die großartigen Lei
Verfasser, der Berliner Stad
Bezug auf die kommunalpo
Sozialdemokratie; auf diesem
am krassesten hervor und er
denkbar ungünstigsten Licht.
Ausführungen lohnt sich um
Illustration des Schwatzes g
schließlich kritisierenden, rein
demokratie bilden. Preuß sc

„Gerade in der Liebli
Theoretiker muß zunächst
daß von all den — ach so
in Deutschland die Partei
tariats stützt, fast die ein
wissenschaftlich-theoretische
zu diesem Resultat auch der
demokratischen Theoretiker
tionen der Wissenschaft red
tisch veranlagten Geister
den von unserer unglaubl
zwungen, reine Parteitheo
gegenüber aus der liberale
von der Tagespresse abgie
gangen ist, besitzt die Soz
und den „Sozialistischen
den Bekenntnisse eine führ
solche Tatsache ist für di
deutungsvoller als ein Sc

Der Verfasser führt dann
sozialistischen Publizistik län
literatur, auch nicht mehr i
matik oder in der kritischen
Vielmehr beginne die Literat
Literatur des Liberalismus
Durchdringung liberaler
Liberalismus sei auf diesem
nicht hinausgekommen und
entstandene Unbildung und
kenntnis machten sich im ö
Tritt geltend. Dagegen sei
am Werke, jene Evolution z
Erbschaft der liberalen The
Problemen, namentlich wen
mals, stehe der Liberalis
rührender Hilflosigkeit gege
es liege nahe, diesen beklage
zu entschuldigen durch den H
losigkeit des Liberalismus i
Aber selbst wenn man hierin
stand für das Gebiet der
wollte, so versage auch diese
Kommunalpolitik.

Darüber sagt Professor

„Zu seinem Anbau wä
Parteien berufen; aber ac
Mit der unentwegten Wi
daß man voll und ganz au
stehe, ist allerdings nicht
eigentlich in diesem sonore
hältnis, die geistige Stell
solchen zu der für ihn wi
lebens. Der gewaltige Ur
seit etlichen Jahrzehnten
Maße die fachwissenschaft
Disziplinen; hier ist rech
Durchdringung kapitalistis
die eine zeitgemäße Fortbi
bieterisch erheischt. Denn
aus seinen immer noch gr